

SATZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Preis 10 Pfg. Reichsausgabe
Wochenendausgabe

Aus dem Inhalt:
Neue SPD-Glanzeleistung
Geheimpakt England—Japan
Politik und Wirtschaft der Woche
Dr. Luther in Breslau
Krach Landbund—Industriekapital
Der „letzte Heimkehrer“ verurteilt
„Der Feind steht im eigenen Land!“
Zur Soziologie der NSDAP
Rosa Luxemburg über den Generalstreik

Zum 14. Todestag von

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Am 15. Januar sind vierzehn Jahre verlossen seit der Ermordung von Karl und Rosa. Die damals von den SPD-Führern begünstigten Mörder sind dieselben weißgardistischen Offiziere, die heute als Führer der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei den Arbeitermord berufsmäßig weiter betreiben.

Heute, wo die Arbeiterklasse in Deutschland tiefer steht denn je, wo Hunger, Not und Elend, politische und wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung in einem Maße wüten, wie es selbst die größten Pessimisten nach der Januarniederlage von 1919 nicht für möglich gehalten hätten, heute fühlt und erkennt jeder klassenbewußte Arbeiter erst richtig, was die Arbeiterklasse an Karl und Rosa verloren hat. Wieviel Lehren und Wirren wären der revolutionären Arbeiterbewegung in den Jahren seit 1919 erspart geblieben, wenn Rosa und Karl an der Spitze gestanden hätten!

Was charakterisierte diese beiden Menschen?

Bei Karl Liebknecht war es die ganze Persönlichkeit, sein Temperament, seine Hingabe, diese absolute Treue zum Proletariat, die sich in der Leidenschaftlichkeit und Rücksichtslosigkeit des Angriffs und des Einsatzens der eigenen Person zeigte. Es waren die starken Eigenschaften des revolutionären Kämpfers, die ihm die große Bedeutung gaben.

Bei Rosa Luxemburg waren zweifellos all die persönlichen Eigenschaften des Kämpfers auch da, aber bei ihr kam hinzu die große theoretische Leistung. Deshalb ist es kein Wunder, daß Rosa in viel höherem Maße als Karl umstritten ist.

Unsere Aufgabe ist es, das große persönliche Beispiel dieser überragenden Revolutionäre der lebenden Generation immer von neuem lebendig vor Augen zu stellen, sie damit selber zu erheben und in ihr diese starken kämpferischen Eigenschaften zu entwickeln. Das ist die eine Seite. Und die andere: das geistige Erbe, das sie hinterlassen haben, zu pflegen dadurch, daß wir es mit der äußersten Gewissenhaftigkeit behandeln, daß wir suchen, ihre Leistungen aus ihrer Zeit heraus zu begreifen, und daß wir bei aller Kritik, zu der uns neue Erfahrungen berechtigen, doch das Lebendige in ihren Werken schützen vor Angriffen, die ihren Ursprung haben in besonderen Klippen-Interessen.

Es ist leider gerade heute notwendig, das Werk Rosa Luxemburgs zu schützen vor Angriffen von verantwortungslosen Schreibern der Partei, die Rosa und Karl zu ihren Gründern zählt. Die Führer der KPD feiern sie als ihre Vorkämpferin und beschimpfen sie in gleichem Atemzug als „menschenwischig“ und „antimarxistisch“.

Ein Musterbeispiel dieser schätzbaren Methode bietet ein am 31. Dezember 1932 durch die ganze KPD-Presse gegangener Artikel „Die Rolle des Luxemburgismus — zum Jahrestag der Gründung der KPD“. Darin findet sich gleich einleitend folgende Blüte:

„Rosa Luxemburg, die Gründerin der Partei, gehört zu uns, und kein noch so lautes Geschrei der Renegaten wird sie uns rauben können. Doch die Führung unserer großen Führerin enthebt uns als bolschewistische Partei nicht der Pflicht! Ihre geschichtliche Rolle kritisch einzuschätzen, um im unversöhnlichen bolschewistischen Kampfe auch die letzten Reste des Luxemburgismus in unseren Reihen auszumerzen. Mit dem theoretischen Rüstzeug des Luxemburgismus bepackt gibt es keinen Weg zum revolutionären Marxismus-Leninismus.“

„Ausrottung des Luxemburgismus“ aber — sie gehört zu uns... Was bleibt, speziell für die jüngeren Mitglieder der KPD, bei dieser „Heldenverehrung“ noch weiter übrig, als eine einzige Beschimpfung! Man hat zu diesem Zweck extra den Popanz des „Luxemburgismus“ geschaffen.

Es ist ganz unmöglich, in einem Aufsatz alle Anklagen, die gegen Rosa nur in dem einen KPD-Artikel erhoben werden, auch nur andeutungsweise zu widerlegen bzw. auf das richtige Maß zurückzuführen. Wenn wir deshalb hier einzelne Punkte herausgreifen, so bedeutet das nicht, daß die anderen Punkte etwa gerechtfertigt wären. Es können nur einzelne Punkte behandelt werden, bei denen jetzt ein aktuelles Interesse vorliegt.

Luxemburg und Marx

„Überprüft man als Kommunist die Fehler Rosa Luxemburgs, so kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß sie alle dem Unvermögen entsprangen, den revolutionären Marxismus in der Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolution anzuwenden, daß sie also ein einheitliches System von Fehlern darstellen. Objektiv stellt das Unvermögen ohne Zweifel ein Zurückgehen vom Marxismus dar.“

So der „linientreue“ KPD-Schreiber. Das heißt aber nichts anderes, als daß Rosa die mit zu den größten Schülern von Marx gehört, die eine glänzend marxistische Theoretikerin war, von der Anwendung des Marxismus in der ganzen Zeit ihrer politischen Tätigkeit — sie lebte in der Periode des Imperialismus — nichts verstanden, ja vom „Marxismus“ zurückging“. Das schreibt die heutige KPD-Führung! Sie braucht ja nicht zu wissen, daß das Lebenswerk Rosa Luxemburgs gerade darin bestand, die marxistische Lehre gegen die „Vernichter“ und Fälscher von Marx zu verteidigen, daß ihr jahrzehntelanger Kampf dem aus dem Imperialismus herausgewachsenen Reformismus galt, daß ihre theoretische Leistung eine Wiedergeburt des Marxismus bedeutete.

Neue SPD-Glanzeleistung

Sie wählen statt eines Sozialdemokraten einen Deutschnationalen

In der Breslauer Stadtverordnetenversammlung vollbrachte gestern die sozialdemokratische Fraktion eine Glanzleistung. Die Fraktion der SAP hatte der SPD ihre Bereitschaft bekundet, für einen sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher zu stimmen. Die Sozialdemokratie hatte jedoch bereits ihren Kuhhandel mit den Bürgerlichen abgeschlossen. Es ergab sich daher das einzigartige Schauspiel, daß zwar die 16 Stadtverordneten der SAP, um ihren Willen zur proletarischen Einheitsfront zu bekunden, für den Sozialdemokraten stimmten, daß aber die SPD ihre Stimmen dem deutschnationalen Kandidaten gab, so daß dieser Deutschnationale mit sozialdemokratischer Hilfe zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde!

Rosa zur Diktatur des Proletariats

In dem KPD-Artikel wird Rosa Luxemburg vorgeworfen, daß sie zwar gegen die Koalitionspolitik gekämpft hätte, „ohne jedoch in der Lage zu sein, der deutschen Arbeiterklasse eine klare Perspektive in ihrem Kampf zu geben... diese Perspektive setzte die Lösung der proletarischen Diktatur voraus. Wohl sprach auch Rosa Luxemburg von der proletarischen Diktatur, aber nie in ihrem Leben machte sie den Versuch, die proletarische Diktatur in ihrer konkreten Anwendung darzustellen.“ (M. Von der KPD-„Theoretiker“) wird dabei gelassenlich so getan, als ob Lenin und den Bolschewiki in der Vorkriegszeit der Begriff der Diktatur, auch als konkrete Kampflösung, so geläufig gewesen wäre wie er heute jedem Revolutionär ist. Dazu ist zu sagen:

Die Anbluxemburgisten sollen nachweisen, wo vor 1917 Lenin eine konkrete Darstellung der Diktatur gegeben hat, die mehr bringen konnte als allgemeine Definitionen, wie sie von Rosa schon 1905 und 1906 für die polnische Partei gegeben wurde. Der von Rosa 1905 herausgegebene Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie Polens und Litauens schließt zum Beispiel mit dem Satz:

„Das Programm der Sozialdemokratie zeigt den Arbeitern, welches der Weg ist und was sie fordern müssen, um endlich das eigentliche Ziel zu erringen, um die politische Macht im Staat zu erobern, die Diktatur des Proletariats einzuführen und den Sozialismus zu verwirklichen.“

In der Schrift über die Konstituante und über die Provisorische Regierung (Warschau 1906) stellt Rosa Luxemburg die Aufgaben der Diktatur in der vorliegenden bürgerlichen Revolution in Rußland auf. Diese Aufgaben faßt sie in folgendem zusammen:

„Schnellstes Erfassen der tatsächlichen Macht, um der geschlagenen Reaktion und den Ueberresten des alten Regimes nicht die Möglichkeit zu geben, sich wieder heranzuschleichen und in der ersten Kampfpause

abermals das Ruder zu ergreifen. Entwertung des Heeres und der Polizei. Bewaffnung des revolutionären Volkes. Errichtung einer proletarischen Miliz. Entlassung der Beamten des zaristischen Regimes von oben bis unten aus ihren Stellen. Besetzung der Funktionen mit eindeutigen Anhängern der Revolution. Beschlagnahme der Güter und Vermögen der Zarenfamilie und der Würdenträger, der konterrevolutionären Flüchtlinge und Verwendung dieser Gelder für soziale Zwecke. Das Ganze heißt: Diktatur.“

Das ist gewiß noch nicht all das zur Diktatur des Proletariats gesagt, was wir heute kennen und sagen. Aber nur gedankenlose Besserwisser und Schulmeister-„Revolutionäre“ können die „Fehler“ Rosas vom heutigen Gesichtspunkt gesehen „feststellen“. Sie haben keine Ahnung davon, daß die Konkretisierung des Begriffes Diktatur des Proletariats in Deutschland der Vorkriegszeit unmöglich war und nur das lebendige Ergebnis der proletarischen Revolution selbst sein konnte.

Kampf gegen den Zentrismus

„Die Wiedererweckung der revolutionären Theorie Marxs von der proletarischen Diktatur, wie es Lenin tat, wäre selbstverständlich nur im schärfsten Kampf gegen den Opportunismus und Zentrismus in der SPD möglich gewesen.“

So schreibt der KPD-„Theoretiker“. Abgesehen von dem Vorwurf der Feigheit gegenüber Rosa Luxemburg wird hier die alte verlogene Behauptung wiederholt, daß Rosa Luxemburg nicht gegen die Zentristen in der II. Internationale, gegen Kautsky und Genossen gekämpft hätte. Das hätten „einzig und allein Lenin und die Bolschewiki“ getan (dasselbe wird auch in einem Artikel von Kaganowitsch im zweiten Dezember-Heft 1932 des von dem viel gewandten Münzenberg herausgegebenen „Roten Aufbau“ behauptet).

Das genaue Gegenteil ist richtig. Rosa war es, die den Kampf gegen den Zentrismus in der II. Internationale eingeleitet hat, sie und nicht Lenin. Rosa hat seit 1910 den Kampf unmittelbar gegen den Zentrismus aufgenommen zu einer Zeit, wo Lenin, der damals offensichtlich die Rolle der deutschen Zentristen unterschätzte, noch versuchte, Kautsky durch besondere Auslegung seiner Auffassungen gegen Rosa in Schutz zu nehmen.

Zur Frage der Parteisplaltung

„Hätte sie in der Partei mehr gesehen, so wäre es völlig unverständlich, warum sie an der Spaltung vom Opportunismus vorbeigegangen ist, warum sie nicht eine festgefügte organisierte Fraktion schuf, um diese Spaltung, die unumgänglich war, im faktisch günstigen Moment durchzuführen und so die Schaffung einer kommunistischen Partei vorzubereiten. Die Fehler, die mit der Frage von der Rolle der Partei zusammenhängen, hat sie nie überwunden.“ (Artikel in der KPD-Presse.)

So kann nur schreiben, wer von der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Krieg keine Ahnung hat und wer nie begriffen hat, daß die Parteisplaltungen in Deutschland nur das Ergebnis der offenen Entlarvung der

Reformisten im Krieg und in der Revolution sein konnte. Würden die KPD-Schreiber die Geschichte der Bolschewiki auch nur in den größten Umrissen kennen, dann wüßten sie, wie schwer die Spaltung selbst in dem von uns revolutionären Kämpfern geschüttelten Rührland war. Die übliche KP-Historie, daß Lenin 1903 die Partei gespalten hätte, ist nicht wahr, sondern die Spaltung ging aus von dem Menschewiki. Lenin ist 1903 bereit gewesen, sich der Mehrheit zu fügen, auch dort, wo er Gefahren sah, und Lenin hat erst die Partei gespalten 1912 auf der Prager Konferenz. Dabei ist zu bemerken, daß in der Zeit von 1903 bis 1912 zwei getrennte Fraktionen herrschten, aber in der Masse die Partei nicht gespalten war. Mehrfach hatten die Menschewiki in dieser Zeit die Mehrheit in den Händen und die Bolschewiki hielten Disziplin.

Nach 1916, also nach der Kienthaler Konferenz hat Lenin die Bremer Richtung der Linkskommunisten gewarnt, die Spaltung zu forcieren, sondern sie sollten alle Möglichkeiten ausnutzen, um innerhalb der Sozialdemokratie um die Massen zu kämpfen.

Das alles braucht man aber in der heutigen KPD nicht zu wissen.

Spontanitäts-Theorie und Rolle der Partei

„Sie (Rosa) sah in der Organisation der Avantgarde, in der Partei, nur eine Organisation von Agitatoren die die Volksmassen aufklärt und sie zum Kampfe führt. Diese Auffassung entsprach auch völlig ihrer Spontanitätstheorie“, schreibt die KPD-Dresse. Das ist das gedankenlose Nachplappern einer alten Entstellung. Genosse Paul Frölich hat schon in dem 1928 herausgegebenen Band III der „Gesammelten Werke“ von R. L. den Nachweis erbracht, daß von einer luxemburgistischen Spontanitäts-Theorie keine Rede sein kann, daß Rosa in Wirklichkeit erfüllt war vom Bewußtsein der Rolle der Partei, der Rolle des bewußten Elements in der proletarischen Aktion. Damals haben die Antiluxemburgisten auch nicht den leisesten Versuch gemacht, diese Beweisführung zu erschüttern. Sie sind auch in der späteren Zeit nie darauf eingegangen, das Problem an Hand von Tatsachen und Dokumenten zu untersuchen, sondern haben nur immer aufs neue in die blaue Luft hinein die Behauptung aufgestellt, Rosa sei die Schöpferin einer besonderen Spontanitätstheorie gewesen.

Wie Rosa wirklich darüber dachte, geht aus ihrer im Gefängnis 1918 geschriebenen Broschüre „Russische Revolution“ hervor. In dieser Schrift, in der sie eine scharfe, aber in den meisten Punkten unberechtigte Kritik an den Bolschewiki übt, die sie später vollkommen revidierte, schreibt sie über die Rolle der Partei:

„Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklichen revolutionären Partei begriff, die durch die Lösung: Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauernums! den Fortgang der Revolution gesichert hat.“

Und in einer Anmerkung dazu sagt sie u. a.:

„Nur eine Partei, die zu führen, das heißt vorwärtszuführen versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft.“

Richtig an der sogenannten Spontanitätstheorie Rosas ist nur soviel, als sie gegenüber der Idee der Initiative von unten ersickenden Parteivorstands-Bürokratie auch schon in der Vorkriegs-SPD den ursprünglichen, spontanen Kampf der breiten Massen sehr stark hervorkehrte und in vielen Artikeln der Passivität der schwerfälligen Parteibürokratie gegenüberstellte. In dieser aus den Verhältnissen sich ergebenden Überbetonung der Masseninitiative kann da und dort eine Unterschätzung der führenden Rolle der Partei herausgelesen werden. Nur wer diese besonderen Verhältnisse, unter denen Rosa politisch tätig war, kennt und zu würdigen versteht, ist in der Lage, ihre Stellungnahme richtig einzuschätzen.

Gewiß, manches, was Rosa geschrieben und vertreten hat, hat sich bei der späteren Entwicklung als nicht ganz richtig, als ein Fehler erwiesen. Aber sie teilt dieses Schicksal mit allen großen Revolutionären. Auch Karl Marx und Lenin haben solche „Fehler“ gemacht.

Man muß die ganze Rosa Luxemburg sehen und verstehen lernen. In ihrer ganzen politischen Betätigung, in ihren ganzen großen Leistungen zählen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für alle Zeiten mit zu den größten revolutionären Führern. Heute fehlen dem deutschen Proletariat Führer, die ein so allgemeines rückhaltloses Vertrauen bei der Masse genossen, bei denen die Masse die Überzeugung hatte, das ist einer, der uns nie betrügt und dem man, wenn es darauf ankommt, jederzeit folgen kann. Dieses Vertrauen wird nur durch Leistungen erworben.

Das Fehlen der einheitlichen revolutionären Front des Proletariats in Deutschland ist heute nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß kein so selbstloser Kämpfer wie Karl Liebknecht, kein so klarer theoretischer Kopf wie Rosa Luxemburg an der Spitze des revolutionären Proletariats in Deutschland stehen.

Wir als Sozialistische Arbeiter-Partei sind weit entfernt, einfach dogmatisch alles nachzubeten, was Liebknecht und Luxemburg gesagt und geschrieben haben. Aber wir halten es für die wichtigste Aufgabe unserer Partei und der ganzen Arbeiterklasse, im Geiste von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die besonderen Bedingungen der deutschen Arbeiterbewegung und der proletarischen Revolution zu erforschen und alle Kraft einzusetzen, um dem Proletariat den Weg zur siegreichen Revolution zu weisen.

Der Krach Landbund-Industriekapital

soll auf Kosten der Arbeiter liquidiert werden

Der beispiellos provozierende Vorstoß des Landbundes gegen Schleicher und vor allem gegen das Industriekapital hat in allen Kreisen der Herrschenden große Aufregung verursacht. Ellenlange Erklärungen und Gegen-erklärungen der Regierung, des Landbundes und der Industriellenverbände füllen die Presse. Die Industrieller sind besonders erobert über die Wendung in der Landbundrevolution: „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutellisten der internationalen eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten.“ Sie nennen das in ihrer schärfen Gegenklärung eine „wider besseres Wissen erhobene, vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschimpfung.“

Doch so scharfe Worte in diesem Interessenkampf zwischen Junkertum und Industriekapital auch gebraucht werden, so zeigt es sich jetzt schon, daß sie sich gegenseitig nicht allzu wehe tun, sondern sehr schnell — auf Kosten der Arbeiter — einig werden.

Die „DAZ“ gibt schon die Einigungsformel. Sie ermahnt die Großgrundbesitzer väterlich, doch daran zu denken, daß die Milliarden von Liebesgaben an die „Landwirtschaft“, die Subventionen, hohen Zölle, hohen Lebensmittelpreise usw. von der Industrie, d. h. von den breiten industriellen Volksmassen, aufgebracht werden, und schreibt dann:

„Trotzdem wird das industrielle Kosten- und Preisproblem noch erneut zu überprüfen sein und sich vielleicht die Notwendigkeit ergeben, bei gleichzeitiger Steigerung der Gesamtlohnsummen den Stundenlohn noch einmal zu verbilligen.“

Was das heißt, braucht man keinem Arbeiter mehr zu verdeutschen. Es besteht auch kein Zweifel, daß dieses Einigungsprogramm auf dem Rücken der Arbeiterchaft durchgeführt wird, wenn — sich das die Arbeiterklasse weiter ruhig gefallen läßt.

Geheimpakt England-Japan

Das beispiellos rücksichtslose und scheinbar auch alle kapitalistischen Großmächte provozierende Vorgehen des japanischen Imperialismus in China scheint jetzt eine Erklärung über die wahren Ursachen zu finden. In der chinesischen Presse wird nämlich jetzt allgemein behauptet,

daß England im vorigen Jahre, um Japan aus Shanghai herauszubringen, ein stillschweigendes Abkommen mit japanischen Unterhändlern getroffen hat, dahingehend, daß, wenn Japan sich an Süds-China und vor allem aus Shanghai zurückzieht, es dafür von England freie Hand für sein Vorgehen in der Mandchurei bekommt.

Wenn auch über diese Abmachungen keine offiziellen Dokumente vorliegen und wahrscheinlich auch niemals der schlüssige Nachweis über ihr Bestehen erbracht werden wird, so dürfte wohl kein Zweifel an der Richtigkeit dieser Darstellung bestehen. Ein derartiges Abkommen erklärt nicht nur das allen Verträgen widersprechende nachgiebige, ja zustimmende Verhalten Englands gegenüber Japan in den letzten 1 1/2 Jahren, sondern es kennzeichnet auch die ganze Zwiespältigkeit des Weltimperialismus überhaupt. Da werden Völkerbunds-Kommissionen zum „Studium“ nach China geschickt, werden große Völkerbundsverhandlungen über „Recht“ oder „Unrecht“ des japanischen Vorgehens in China vor der Öffentlichkeit geführt, während in Wirklichkeit längst vorher alle entscheidenden und der Raub verteilt ist. Diese Dinge sind zweifellos auch den amerikanischen Imperialisten, deren kapitalistische Interessen durch das Vorgehen Japans nächst denen Chinas am meisten betroffen sind, bekannt. Amerika ist dadurch in seinem Vorgehen gegen Japan durch England gelähmt.

Doch wie alle imperialistischen Räuberpakete, so hat auch dieses Abkommen zwischen England und Japan seine eigene Logik und Konsequenz, die über die ursprüngliche Vereinbarung hinausreißt. Das durch die Besetzung der Mandchurei militärisch in China außerordentlich gestärkte Japan greift jetzt über die chinesische Mauer nach Süden über. Das muß vom englischen Imperialismus mit scheelen Augen angesehen werden und, wenn sich Japan nicht in seinem weiteren Vorgehen Beschränkungen auferlegt, auch zu einem steigenden Gegensatz mit seinem Verbündeten England führen. England ist daher auch neuerdings bestrebt, Japan in seinem Verstoß über Shanhaikwan hinaus auf Peking und Tientsin in den Arm zu fallen. Dem entspricht auch die neueste Meldung, daß englische Offiziere in Shanhaikwan bestrebt sind Waffenstillstandsverhandlungen zwischen China und Japan herbeizuführen. Die Japaner wehren sich dagegen und dementieren diese Nachricht.

Im übrigen ist Japan dabei, seine Macht-sphäre immer weiter auszuweiten. Es hat die große Offensive an der chinesisch-russischen Bahnlinie in der Mandchurei mit aller Energie durchgeführt und neben der Gefangennahme größerer chinesischer Truppenmassen, erneut über 3000 chinesische Soldaten über die Sowjetgrenze gedrängt, wo sie interniert wurden. Außerdem ist Japan dabei, die Provinz Jehol die einen Teil der inneren Mongolei darstellt, aber noch außerhalb der chinesischen Mauer liegt, endgültig zu besetzen und dem Mandschukuostaat anzugliedern. Die Flankendeckung dieser militärischen Besetzung Jehols ist eben der Vorstoß in Shanhaikwan. Japan gibt sich daher auch nicht nur mit der Besetzung dieser Stadt zufrieden, sondern ist gegenwärtig dabei, die Bahnlinien, die nach Shanhaikwan führen, zu bombardieren und zu zerstören.

Auslands-Rundschau

Beirut, 12. Januar.

Nach einer Meldung des Leiters der Syrien-Palästina-Delegation in Genf ist mit dem französischen Oberkommissar ein Abkommen erzielt worden, das eine Lösung des französischen Syrienproblems in zwei Jahren vorsieht. Nach diesem Plan sollen die syrische Republik und die Provinzen Alawitengebiet und Drusen als ein Staat betrachtet, jedoch den Provinzen ein hohes Maß Selbständigkeit eingeräumt werden. Die Republik des Libanon soll ein Sonderstaat unter französischem Protektorat werden. Später hätte eine Volksabstimmung über den Anschluß an Syrien zu entscheiden.

Brüssel, 12. Januar.

Der neue Verteidigungsminister Devèze ist, nach einer Meldung der Agence Belge, fest entschlossen, die Ausführung des Planes zur Organisation der Verteidigung des Landes gemäß den Erklärungen seiner Vorgänger unverzüglich fortzusetzen. Die Massstellung (Lüttich und Namur) soll vollendet, die Grenze an der Linie Plateau Herve—Maeseyck—Henri-Chapelle—Arlon in tatsächlichen Verteidigungszustand gesetzt werden.

Dublin, 12. Januar.

Die Kandidatenlisten zu den Wahlen für den irischen Landtag sind heute amtlich bekanntgegeben worden. Um die 152 Sitze in der Kammer bewerben sich insgesamt 247 Kandidaten. Die Partei de Valeras hat 108 Kandidaten aufgestellt, die Partei Cosgraves 85 und die Arbeiterpartei 22. 32 weitere Kandidaten wurden von verschiedenen anderen Parteien benannt.

Paris, 12. Januar.

Der kommunistische Schriftsteller Henri Guillebaux erschien heute vor dem Pariser Militärgericht. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Verhandlung auf den 24. Januar festgesetzt.

Paris, 12. Januar.

Der sozialistische Abgeordnete Longuet hat eine Interpellation über die Maßnahmen eingebracht, die der Außenminister wegen der Gewehr- und Maschinengewehrtransporte von Italien nach Ungarn zu ergreifen gedanke, die, wie in der Interpellation gesagt wird, offenbar im Einvernehmen mit Oesterreich erfolgt seien.

Unerhörte Polizeigreuel in Spanien

Madrid, 12. Januar.

Nach einer Meldung der Zeitung „Ahor“ ist es gestern in dem kleinen Dorf Casavieja (Provinz Cadix) zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und anarchistischen Elementen gekommen. Die Polizei stürmte das Gebäude mit Maschinengewehren und Bomben. Die Zahl der Toten wird mit 20 angegeben.

Madrid, 12. Januar.

Ueber die Aufstandsbewegung in der kleinen Ortschaft Casavieja wird weiter bekannt, daß die aus Cadix abkommandierten Polizeistreikräfte nach einem vergeblichen Versuch, die in einem Gebäude verschanzten Auführer durch Maschinengewehrfeuer und Handgranaten zur Übergabe zu zwingen, das Gebäude in Brand steckten.

Sämtliche Insassen kamen ums Leben. Man hat 19 verkohlte Leichen geborgen. Auf Seiten der Polizei sollen drei bis vier Mann gefallen sein. Bei der Säuberung der Ortschaft wurde aus einzelnen Häusern geschossen. Die Bewohner flüchteten. Einige von ihnen konnten eingeholt und festgenommen werden. Die Belagerung der Aufständischen hatte die ganze Nacht hindurch gedauert. Erst frühmorgens war die Ruhe wieder hergestellt.

Vertierte Nazis

(Eigener Bericht der SAZ)

Dresden, 12. Januar.

Die Dresdner Öffentlichkeit sieht nach wie vor unter dem Eindruck des vielschichtigen Fememordes an dem SA-Mann Hentsch.

Welches Maß von Verrohung in den Nazi-Kreisen herrscht, sei an einem Beispiel illustriert. Drei durch Hakenkreuz gekennzeichnete Nazis zogen am vergangenen Donnerstag auf der Dölzschener Straße in

Achtung!

Achtung!

Am Dienstag werden wir an dieser Stelle mit der öffentlichen Bekanntgabe der mit der Abrechnung in Verzug befindlichen Ortsgruppen beginnen. — Wir erwarten, daß auch noch die letzten säumigen Ortsgruppen bis dahin ihrer Pflicht nachgekommen sein werden.

Kampfbereit!

„SAZ“-Geschäftsleitung.

Dresden-Lobtau einen Tafelwagen, auf dem ein bis zum Hals in eine Zellplane eingepackter SA-Mann lag. Mit höhnischem Grinsen fragten sie einen vorübergehenden älteren Mann: „He, Nachbar, geh's hier noch Malter?“ Das war eine deutliche Anspielung auf den Mord an Hentsch, der von seinen Mordern in die Talsperre Malter geworfen wurde. Daß die Nazis es fertig bringen, in derartig gemeiner Weise darüber noch Spott zu treiben, zeigt ihre grenzenlose Verleumdung.

In diesem Zusammenhang entnehmen wir noch aus einer Reportage eines Sozialdemokraten, der die Gegend um Malter besuchte, folgendes:

„In Paulsdorf stießen wir auf eine neue nationalsozialistische Wärdlichkeit. Dem Mann, der die Leiche fand und der der Polizei Mitteilung machte, ein Dreißigjähriger namens Lotze aus Paulsdorf sind von bestimmter Seite Vorwürfe gemacht worden: „Du dummes Luder, du brauchst doch die Sache nicht der Polizei zu melden. Häffest der SA Mitteilung geben müssen, da häffest du mehr verdient. 2000 Mark mindestens.“

Überall hat der Fememord Abscheu erregt, soweit die Befragten nicht Nazis sind. Die politische Stimmung auf den Dörfern der Sperrumgebung hat einen deutlichen Umschwung erfahren.“

Der Druck der Öffentlichkeit wird hoffentlich genügen, um die Drahtzieher dieses scheußlichen Fememordes festzustellen.

Benneckes Immunität aufgehoben

Der sächsische Landtag beschloß am Donnerstag mit den Stimmen aller Parteien bei Abwesenheit der Kommunisten, die sich aus prinzipiellen Gründen nicht an der Abstimmung beteiligten, die Immunität des Nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Bennecke aufzuheben. Ueber den Verlauf der Verhandlungen, bei denen es mehrfach zu stürmischen Tumulten und Unterbrechung der Sitzung kam, werden wir in den ausführlicher berichten.

Gregor Straßer bei Hindenburg

CNB. Von unrichtiger Seite wird die Meldung eines Berliner Blattes bestätigt, daß Gregor Strasser vom Reichspräsidenten empfangen worden ist. Der Empfang fand in der vorigen Woche statt. Er erfolgte nur, weil der Reichspräsident sich über die Persönlichkeit Gregor Strassers orientieren wollte, dessen Name in der Politik sehr häufig genannt wird. Der Reichspräsident hat bei dem Empfang auch davon abgesehen, sich zu dem zu äußern, was ihm Strasser vorgetragen hat.

Eine Blamage Brachts

Berlin, 12. Januar.

CNB. Der Bezirksausschuß in Stettin hat als Verwaltungsgericht das auf Anordnung des Kommissarischen Preussischen Innenministers Dr. Bracht erfolgte Verbot der Ortsgruppe des Reichsbanners in Richtenberg-Pommern für unzulässig erklärt und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. Das Verbot war im Sommer vergangenen Jahres im Zusammenhang mit Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten erfolgt.

Politische Zusammenstöße

Kiel, 12. Januar.

WTB. Im Verlaufe eines kommunistischen Demonstrationzuges kam es Mittwoch abend in dem Kieler Vorort Wellingsdorf zu Zusammenstößen mit politischen Gegnern. Ein Arbeiter wurde durch Messerstiche schwer verletzt.

Brolat bleibt in Haft

CNB. Im heutigen Termin zur Prüfung der gegen den Direktor Brolat verhängten Untersuchungshaft hat die Strafkammer beschlossen, die Untersuchungshaft aufrecht zu erhalten. Das Gericht hält den dringenden Verdacht, daß Brolat bewußt unter seinem Eid die Unwahrheit gesagt hat, sowie den Fluchtverdacht für gegeben. Auch eine Sicherheitsleistung würde nach Ansicht des Gerichtes den Fluchtverdacht nicht ausräumen.

Wirtschaft der Woche

Mandschukuo-Eisen in Deutschland billiger als einheimisches

Der ganze Widersinn des kapitalistischen Wirtschaftssystems tritt wieder einmal drastisch zutage: Obwohl Deutschland eines der wichtigsten Eisen erzeugenden Länder ist und selbst große Mengen rohes sowie verarbeitetes Eisen ausführt, sind durch die Monopolbindungen in Deutschland die deutschen Roheisenpreise auf dem deutschen Markt weit höher als die Preise des durch Zölle, lange Transportwege und entsprechende Frachtsätze belasteten ausländischen Eisens. Die Herren der deutschen Schwerindustrie stimmen zur Zeit große Klagen an darüber, daß z. B. Eisen aus dem neuen fernöstlichen Staat Mandschukuo hier noch um 10% billiger angeboten wird, als das deutsche Eisen; sie klagen über indische, holländische, belgische usw. Konkurrenz. Der Preis für belgisches Stabeisen (in Belgien frei an Bord, für Deutschland kommen also noch Frachtspeisen und Zoll hinzu, liegt z. B. ca. 50% unter dem Preis für deutsches Stabeisen.

Anstatt die eigenen Preise abzubauen, verlangen die deutschen Industriellen von der deutschen Regierung immer höheren Zöllschutz und von den ausländischen Eisenproduzenten eine Einschränkung ihrer Produktion und ihrer Einfuhr nach Deutschland. Sie klagen über Unrentabilität ihrer Werke, die zum Teil in der Tat durch über große Investitionen in der Hochperiode der Rationalisierung in Deutschland überbelastet sind. Für die breiten werktätigen Bevölkerungsmassen ist das aber noch lange kein Grund, sich mit den viel zu hohen Monopolpreisen in Deutschland abzufinden. Sie müssen erkennen, daß diese Sachlage nur der Unplanmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschafts-„Ordnung“ und der Regulierung der Produktion nur immer nach dem Profitgesichtspunkt der Privatunternehmer entspringt, und daß es Zeit ist, den Kampf gegen das ganze Wirtschaftssystem zu organisieren.

Betriebe stillgelegt nur wegen kapitalistischer Quoteninteressen

Der Skandal, daß Betriebe stillgelegt und Tausende neuer Arbeitsloser geschaffen werden nur wegen den Konkurrenz- und Profit-Rivalitäten der Kapitalisten untereinander, wird durch ein neues Beispiel vermehrt.

Zum 1. Januar 1933 wurde von einer Reihe gerade der großen Salinen-Unternehmungen das Norddeutsche Siedesalzsyndikat gekündigt, zu dem ausdrücklichen Zweck, verschiedene kleinere Unternehmen auszuscheiden und die eigene Absatzquote in einem neuen Vertrag zu erhöhen. Man gründete an Stelle des bisherigen Syndikats eine „Norddeutsche Salinenvereinigung G. m. b. H.“ und traf die neuen Vereinbarungen über die Quoten und über die Preisregulierung durch die Vereinigung, nachdem sechs Werke, die bisher beteiligt waren, sich zur Stilllegung ihrer Werke verpflichtet hatten. Die Quoten dieser Werke wurden unter einigen der großen Unternehmen, darunter die Deutschen Solvaywerke, die Preussag u. a. aufgeteilt. Nur eine Firma, die Salinenwerke Silberbeck, setzte sich zur Wehr und besteht nunmehr als Außenseiter weiter.

Unter den stillgelegten Werken, die eine Abfindungssumme erhalten — von der die betroffenen Arbeiter natürlich nichts zu sehen bekommen —, befinden sich die Halle'sche Pfäferschicht (Mansfeld-Konzern), die Ver. Thüringischen Salinen in Erfurt, Salzungen, Neusulza, Salzungen, Laublingen und die Hannoverschen Salinen Salzderhelden und Frankenhausen.

Auch der Kauf der rheinischen Gewerkschaft Sachsen, die dem Mansfeld-Konzern gehörte, durch den rheinischen Haniel-Konzern geschah nur zu dem Zwecke einer Quotenvergrößerung der Hanielgruppe. Diese beantragte sofort nach dem Kauf die Stilllegung der Zeche und hält, trotz heftiger Proteste nicht nur der Belegschaft, sondern auch der ganzen, von diesem Betrieb lebenden Gemeinde, an dem Stilllegungsantrag fest. Unter dem Protest eines Teiles der Öffentlichkeit droht die Hanielgruppe jetzt auch noch mit der Stilllegung eines ihr schon früher gehörenden Schachtes, der Gewerkschaft Rhein-Preußen, bei der dann ca. 1800 Mann Belegschaft betroffen würden. Bei der Zeche Sachsen werden ca. 1500 Mann betroffen.

Zollkrieg Deutschland-Argentinien

Die wiederholt vorgenommenen Zoll-erhöhungen und die Kontingentierungspläne der deutschen Regierung haben Argentinien, das hierdurch sowie durch die deutsche Devisenbewirtschaftung in seiner Ausfuhr nach Deutschland (Fleisch, Getreide, Wolle u. a. m.) stark getroffen wird, zu wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen veranlaßt. Anlässlich eines im November mit Chile abgeschlossenen Handelsvertrages, der für verschiedene Waren niedrigere Zölle vorsieht, als Argentinien sie gegenüber anderen

Vertragspartnern hatte, gewährte Argentinien England, Frankreich und Italien auf Grund der bestehenden Meistbegünstigungsklausel dieselben Ermäßigungen; Deutschland gegenüber aber wurden mit der Angabe, der hier gültige Vertrag sehe nur eine bedingte Meistbegünstigung vor, die Ermäßigungen nicht gewährt.

Die deutsche Regierung hat daraufhin beschlossen, ab 10. Januar auch ihrerseits gegenüber Argentinien die Meistbegünstigung aufzuheben und alle argentinischen Waren dem hohen deutschen „Oberzoll“ zu unterwerfen.

Dieser Zollkrieg, der womöglich noch zu weiteren wirtschaftspolitischen Konsequenzen führen kann, gefährdet sowohl die deutsche Ausfuhr nach Argentinien, wie vor allem die Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland, denn durch neue Zollaufschläge auf die in großem Maße aus Argentinien eingeführten Nahrungsmittel können sehr leicht die Preise in Deutschland in die Höhe getrieben werden.

Drohung mit amerikanischen Zollerhöhungen

Um einen stärkeren Druck auf eine allgemeine Wiedereinführung der Goldwährung auszuüben und zugleich natürlich im Interesse der amerikanischen Industriellen, ist dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ein Gesetzentwurf zugegangen, die Einfuhr aus allen Ländern, die keine Goldwährung haben, mit einem besonderen Zolzuschlag zu belegen.

Da heute nicht weniger als 45 Staaten ohne Goldstandard sind — 34 haben offiziell die Goldwährung aufgegeben —, so köme ein solcher Beschluß einer allgemeinen Erhöhung der sowieso schon außerordentlich

hohen amerikanischen Zölle gleich. Der neugewählte Präsident Roosevelt hatte in der Wahlkampagne erklärt, daß er für eine Neuaufrollung der Zollfrage bzw. die Herabsetzung der amerikanischen Zölle wohl zu haben sei. Es ist aber sehr wohl anzunehmen, daß auch seine Regierung den Antrag zumindest als Druckmittel auf andere Staaten und auf den Gang der bis jetzt noch für Mai geplanten Weltwirtschaftskonferenz benutzen wird.

Banken-Streik in Litauen

In Litauen haben die Wirtschaftsschwierigkeiten dahin geführt, daß sich die Banken weigern, fernerhin kurzfristige, auf kleine Summen lautende Wechsel zu diskontieren. Durch diese Maßnahme der Banken konnten vielfach die fälligen Verpflichtungen nicht eingelöst werden, die Lage ist äußerst gespannt und undurchsichtig.

Der Banken-„Streik“ richtet sich vor allem auch gegen ein kürzlich erlassenes Gesetz, wonach sie einschließlich Provisionen und Inkosten nicht mehr als 12% jährliche Zinsen erheben dürfen.

Italienische Koksollerhöhung

Die italienische Regierung, die sich erst vor kurzem in allgemeinen Worten so sehr für den Abbau der Zollschranken ausgesprochen hat, hat Anfang Januar u. a. die Koksimporte mit Zollaufschlägen bedacht. Außer dem bereits bestehenden 10-prozentigen Wertzoll und einem ebenfalls schon bestehenden Zusatzzoll von 15 Lire werden jetzt noch 9.50 Lire aufgeschlagen. Hiervon wird auch die deutsche Industrie betroffen, da Deutschland bisher beträchtliche Mengen Koks nach Italien geliefert hat.

Politik der Woche

Vor zehn Jahren

In diesen Tagen hat die gesamte deutsche Presse Stellung genommen zu dem Ereignis, das im Januar 1923, also vor zehn Jahren, Deutschland und Europa bewegte, zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die französischen Truppen. Diese Erinnerungspunkte der bürgerlichen Presse vorzüglich in den Rahmen der nationalistischen Verhetzung, die gerade jetzt mehr als je in Deutschland Trumpf ist. Die Betrachtung der Geschehnisse vor 10 Jahren erfolgte natürlich einseitig in schärfster Frontstellung gegen Frankreich.

Auch die Arbeiterschaft hat alles Interesse, sich dieser Zeit zu erinnern, aber allerdings unter anderen Gesichtspunkten, als es den Interessen der herrschenden Klasse entspricht. Wir haben gewiß keine Veranlassung, die imperialistischen Ziele des französischen Militarismus und das Streben der französischen Kapitalisten nach erhöhten Profiten zu leugnen. Aber die Ruhrbesetzung wäre niemals Wirklichkeit geworden, wenn sie nicht

auch im Plan der deutschen Kapitalistenklasse, insbesondere der deutschen Schwerindustrie, seit Jahren vorgesehen gewesen wäre.

Die deutschen Industriellen, deren prominentester Vertreter Stinnes und deren gewichtigster Wortführer Helferich war, wollten auf jede Weise Deutschlands Unfähigkeit zur Reparationsleistung beweisen, wollten darüber hinaus aber vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter verschlechtern und zugleich alle Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der arbeitenden Massen abwälzen. Die Inflation, die von Stinnes und seinen Freunden seit langem gewollt und vom Reichsbank-Präsidenten Havenstein gefördert worden war, trug gleichzeitig dazu bei, die wirtschaftliche und dann auch die politische Machtstellung der deutschen Schwerindustrie gewaltig zu verstärken.

So stand auch damals, wie zu jeder Zeit, der wahre, entscheidende Feind des Proletariats im eigenen Land; es war die eigene herrschende Klasse, die alle ihre Kräfte gegen das Proletariat richtete. Daß dies in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft nicht erkannt wurde, daß vielmehr die Masse der deutschen Arbeiter

wieder wie 1914 in die nationale Einheitsfront einschwenkte

und ungeheure Opfer brachte, während Stinnes und seine Freunde längst in Paris mit den französischen Kapitalisten verhandelten, — das war wiederum die Schuld des Reformismus, der Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Diese Führung hatte es durch ihre verhängnisvolle Politik seit 1918 bis zu dieser furchtbaren Schwächung der Arbeiterbewegung kommen lassen; diese reformistische Politik trug auch die Schuld daran, daß am Ende der Ruhrbesetzung und der Inflation eine neue Schwächung der Arbeiterbewegung und vor allem

die dauernde Belastung der proletarischen Massen mit den wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges

stand. Statt so, wie es damals zum Beispiel Paul Levi in seiner Schrift „Sachverständigen gutachten und was nun?“ darlegte, den Kampf um die Verteilung der

Lasten, um ihre Abwälzung auf die Schultern der Besitzenden zu führen, begab sich die Sozialdemokratie in neue Koalitionen und damit wiederum ins Schlepptau der bürgerlichen Politik.

Sehr, sehr vieles, was wir im Jahre 1932 erlebten und in diesem Jahre weiter erleben werden, hat seinen Ursprung in dieser, den proletarischen Interessen ins Gesicht schlagenden Politik des Jahres 1923. Insofern ist es also auch und gerade für die Arbeiterklasse sehr nützlich, sich an die Ereignisse vor zehn Jahren kritisch zu erinnern.

„Die einzige anständige Begründung“

Zu den Dingen, die die herrschende Klasse Deutschlands heute in direkter Anknüpfung an das Jahr 1923 besonders energisch betreibt, gehört vor allem die systematische Aufrüstung. Es ist für das deutsche Proletariat besonders wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, daß manches, was nach außen hin anders frisiert wird, tatsächlich zu diesem Kapitel Aufrüstung gehört. Wir haben das für den Arbeitsdienst, für die Jugendertüchtigung usw. mehr als einmal hervorgehoben. Um unsere These zu erhärten,

Der „letzte Heimkehrer“ verurteilt

Hohe Strafe — Die Rache der gekränkten Spießer

Freiburg, 13. Januar.

Gestern fand in Freiburg in Breisgau vor der großen Strafkammer der Betrugsprozeß gegen den Schneider Ignatz Karl Hummel, der monatelang im Sommer des vorigen Jahres, als der letzte „Heimkehrer“ aus französischer Kriegsgefangenschaft unter dem Namen Oskar Daubmann der Heros des nationalistischen und faschistischen Deutschlands war.

Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Zuchthaus.

Das Gericht verurteilte Hummel zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Hummel hatte sich mit seiner nationalistischen Köpenickade würdig in die Reihe der großen Betrüger, etwa eines Schuster Wilhelm Voigt und eines Harry Domela gereiht. Er ist, verglichen mit diesen beiden, der gemeiner und verbrecherischer veranlagt. Trotzdem erscheint uns die verhängte Strafe als viel zu hoch und ungerecht, weil nämlich in diesem Falle das nationalistische und faschistische Spießertum, das Hummel zum Abgott gemacht hatte, sich über die deutsche Klassenjustiz an ihm gerächt hat. Die zweieinhalb Jahre Gefängnis, die fünf Jahre Ehrverlust sind der Ausdruck für die Rache der betrogenen Betrüger.

Schuldig sind die, die ihn in das ganze Abenteuer hineingeritten haben. Damals — wie noch einmal — als er in Italien aus Angst in ein italienisches Gefängnis gesteckt

ist es nützlich, auf ein sehr offenes Bekenntnis eines prominenten Reaktionsärs zu verweisen. Zu den Plänen, die unter dem Reichskanzler v. Papen im Vordergrund standen, gehörte das sogenannte Werkjahr der Studenten. Inzwischen hat man diesen Gedanken in dieser Form zurückgestellt und begnügt sich mit der Eingliederung der Studenten in den Arbeitsdienst. Trotzdem ist auch heute noch eine Aufrüstung aktuell, die Dr. Wilhelm Stapel vor kurzem zu dieser Frage in seiner Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ tat:

„Für die Forderung des Werkjahres gibt es nur eine einzige anständige Begründung (und alle anderen sind restlos unanständig): Der Wehrdienst für das Vaterland. Wenn der Staat sagt: Ich fordere für die immer komplizierter werdende Verteidigung des Vaterlandes die einjährige militärische Vorbildung der ganzen höher gebildeten Jugend — gut.“

„Wehrdienst für das Vaterland“ — das ist tatsächlich der Hauptzweck nicht nur des Werkjahres der Studenten, sondern auch des Arbeitsdienstes und der sogenannten Jugendertüchtigung. Trotzdem beteiligen sich Sozialdemokratie und Sozialistische Arbeiterjugend, Freie Gewerkschaften, Arbeiter-Turn- und Sportbund und Reichsbanner an diesem Werk der deutschen Aufrüstung und schaffen dadurch alle Voraussetzungen für eine Wiederholung des 4. August 1914!

Miliz-Debatten

Durch den Plan, den die französische Regierung vor einiger Zeit zur Frage der sogenannten Abrüstung veröffentlicht hat, ist die Debatte über die Bildung einer deutschen Miliz ins Rollen gekommen. Es ist notwendig, daß die deutsche Arbeiterschaft von vornherein weiß, um was es hier geht: nicht etwa um einen Abbau der Reichswehr zugunsten einer Miliz, d. h. einer allgemeinen Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit, sondern um die

Ergänzung der Reichswehr durch ein Massenaufgebot kürzer ausgebildeter Mannschaften.

Eine solche Zweitellung des Heereswesens entspräche ganz den Notwendigkeiten der modernen Kriegführung, würde also ein entscheidend wichtiges Stück Aufrüstung sein. Da diese Miliz sich in erster Linie auf den bereits bestehenden konterrevolutionär-faschistischen Wehrorganisationen aufbauen würde, so wäre sie zugleich ein Stück Rüstung der herrschenden Klasse für den Bürgerkrieg.

Sich diese Gesichtspunkte klar zu machen, ist auch deshalb besonders notwendig, weil in der deutschen Sozialdemokratie starke Tendenzen zur Bejahung einer solchen Miliz vorhanden sind, wie sich bereits aus etlichen Artikeln der SPD-Presse und im übrigen ja aus der ganzen Linie der reformistischen Politik ergibt. Als in den letzten Dezembertagen der sozialdemokratische Parteivorstand gegen die Beteiligung am Reichskuratorium für Jugendertüchtigung Stellung nahm, betonte der „Vorwärts“ ausdrücklich, daß diese Ablehnung als eine politische Demonstration gegen das Kabinett Schleicher anzusehen sei, nicht aber als eine Vorwegnahme der sozialdemokratischen Stellung zur Miliz. Damit hält sich also die sozialdemokratische Führung auch in dieser Frage alle Möglichkeiten offen. Um so wichtiger ist es, daß wir als Sozialistische Arbeiter-Partei schon jetzt alle Kräfte anspannen, um den proletarischen Massen die Gefahren dieser deutschen Aufrüstung immer wieder vor Augen zu führen und sie zum Widerstand gegen diese Pläne aufzurufen!

zu werden (er hatte nämlich keine ordnungsgemäßen Ausweispapiere bei sich) erklärte er sei ehemaliger deutscher Kriegsgefangener, begann die Tragikomödie. Das deutsche Spießbürgertum drängte ihm die Rolle des Märtyrers auf.

Seine Schauermärchen über seine 16 jährige Kriegsgefangenschaft in Afrika wurden zum Hafgang der deutschen Chauvinisten gegen Frankreich, sie pafsten in die nationalsozialistische ideologische Konjunktur des Herrn Hitler und Herrn Hugenberg.

Er wurde bejubelt, Festbankette wurden ihm zu Ehren veranstaltet, die Ufa zeigte ihn in der Wochenschau, er hielt zirka 20 Vorträge, verdiente klutzige Gelder,

wurde eingeschriebenes Mitglied der NSDAP,

der nationalsozialistische Verlag Tradition wollte seine Erlebnisse als Buch herausgeben und dann brach das ganze Schwindelgebäude zusammen.

Die, die ihm noch vor kurzem zugejubelt hatten, begegneten ihm jetzt mit feindlichen Blicken. Der Verlag, der aus seinen Erlebnissen ein Riesengeschäft machen wollte, mußte Konkurs anmelden. Die Spießbürger tobten jetzt auf einmal und in Freiburg haben sie jetzt Rache genommen.

Werbt Abonnenten

„Der Feind steht im eignen Land!“

Karl Liebknecht: Vorkämpfer der Jugendbewegung und Antimilitarist

Auf zwei Gebieten seines Schaffens hat Karl Liebknecht vor allem Unsterblichkeit erlangt. In was der mutige Antimilitarist, der lachlose Ankläger der Kriegshetze und -Gewinnler. Und er war der kühne Vorkämpfer und Organisator der proletarischen Jugendbewegung. Das ist kein Zufall. Beide Kampfbahnen, Antimilitarismus sowohl wie proletarische Jugendbewegung, waren sich die sozialistische Jugendbewegung durch ihre vorbildliche antimilitaristische Haltung.

Als vor wenigen Wochen der Landesvertragsprozess Büllof fahen mit der köhlichen Aussage des Generaldirektors von Grunard seiner Höhepunkt erreichte, da tauchte unwillkürlich die Erinnerung an die glänzende Abrechnung, die Karl Liebknecht im Jahre 1912 mit diesem schmarotzenden Kriegsgewinnler vornahm. Seine im Reichstag vorgenommenen Enthüllungen über den Kuppischen Rüstungskandal zogen auf, daß die wirklichen Landesverräter jeweils in den Reihen der herrschenden Klassen zu suchen sind.

Karl Liebknecht war der unveröhnlichste Feind der Bourgeoisie und Regierungen des eigenen Landes. Seine Devise war: „Nicht Bürgerfrieden, sondern Bürgerkrieg ist die Lösung.“ Seine Grundsatzfestigkeit gerade auf diesem Gebiete entsprung seinen eingehenden Untersuchungen des Nationalismus, als der geschicktesten Methode des Volksbetrugs seitens der Bourgeoisie. Von dieser Position Karl Liebknechts aus wird das in den letzten Jahrzehnten so unheimliche Abgleiten der Sozialdemokratie in den widerlichsten Chauvinismus erst richtig spürbar. Aber noch mehr, der echte internationalismus des Mitbegründers der KPD ist unvereinbar mit dem kleinbürgerlichen nationalistischen Kummel, welchen die derzeitige KPD-Führung seit Jahren an opportunistischen Erwägungen heraus bringt hat. Gerade gegenwärtig, da die nationalistischen Wellen in Deutschland wieder mannhoch schlagen und das demagogische Geschwätz von der „Volksgemeinschaft“ ein sicheres Barometer für die gefährdende Nähe des neuen Weltbundes ist, müssen die nachfolgenden Worte aus dem mutigen Briefe Karl Liebknechts an das Berliner Kommandantengleich im Jahre 1916 für jeden, der sich proletarischer Internationalist nennt, vollste Geltung haben:

„Wären die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Bäre oder Schlammerei. Was den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schuß ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (d. h. der ihm allein und unmittelbar gegenüberstehenden Repräsentanten des Imperialismus), ist kein Sozialist, sondern ein

trauliger Offizier der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetze; und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.“

Wie weit die KPD davon entfernt ist, dem Mutte zu folgen, dessen Namen sie noch immer am Kopfe ihres Zentral-Organs stehen hat, zeigt nicht zuletzt das leider erst vor kurzem von neuem unterstrichen nationale Befreiungsprogramm, welches in vollkommenen Verkenntnis der Rottungen des neudutschen Imperialismus die sogenannte „nationale“ Befreiung vor die soziale stellt und in schlimmster Nachahmung der Nazi-Sprache den „Volkssturm gegen Versailles“ fordert. Um so mehr müssen alle aufrechten und denkenden Proletarier sich schämen um das von Karl Liebknecht hinterlassene rote Schlachtpanier, auf dem in flammender Schrift die Worte stehen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Der mehr als 25jährige Kampf der internationalen sozialistischen Jugendbewegung stand unter dem hervorragenden Einfluß Karl Liebknechts. Schon auf dem Mannheimer Parteitag des Jahres 1908 wurde ein von Liebknecht formulierter Antrag angenommen, der die Schaffung von Jugendorganisationen verlangte. Nahezu auf allen Parteitagen der Vorkriegs-Sozialdemokratie aber wurde eine Jugenddebatte geführt, die zeigte, daß die Jugend im Kampfe um ihre Selbständigkeit und ihrer Rolle im proletarischen Befreiungskampfe überhaupt, einen treuen Anwalt ihrer Interessen nur in der sozialdemokratischen Linken fand. Als auf einem der Parteitage Karl Liebknecht heftig gegen die überhandnehmenden Mißhandlungen der jungen Soldaten in den Kasernen sprach, erwiderte der verstorbene Gewerkschaftsführer Legien unter dem Beifall der rechten Meute: „Wenn ein junger Mann einmal eine Ohrleige bekommt, so ist das nicht so schlimm.“ Es mußte darum auch kein Wunder nehmen, wenn noch in der Resolution des Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1908 der Satz steht: „Die Schaffung besonderer Jugendorganisationen ist überflüssig.“

Aber gerade im internationalen Maßstab erhielt Karl Liebknechts Kampf um antimilitaristische Aktionen der proletarischen Jugend wachsenden Zuspruch. Sein auf der ersten internationalen Jugend-Konferenz gehaltenes glänzendes Referat über: „Kampf gegen den Militarismus“ führte zu bewußten Aktionen der Jugend in fast allen europäischen Ländern. Und noch als die Kriegsurke über die Welt raste und die Blüten ganzer Völker im Blutrausch vernichtet wurden, tönte aus der engen Zelle des Luckauer Zuchthaus das trotzige: „Antimilitarismus, lautet das Feldgeschrei der internationalen Jugendbewegung heute und für die Zukunft mehr denn je.“

Diese Traditionen sind in der Tat auch wachgeblieben. Als vor jetzt gerade zehn

Die Demonstranten

Eine Erinnerung aus dem Kriege von Hans Lorbeer

An einem Sonntag noch einem gewaltigen „Siege“ hielt der Herr Pfarrer auf dem Klein- stadtmärkte Dankgottesdienst ab. Die Leute standen auf dem holprigen Pflaster, die Bürger mit den schwarzen Röhrern auf dem Schölddach, mit weißen Glacéhandschuhen und steifen Bärten, in Bratenrock und eckiger Würde. Und Proletarier in zer- schlossener Kleidung und religiöser Dummheit. Alle standen sie und ließen sich die Worte des dicken Pfaffen wie lauwarmes Öl in die einfältigen Ohren träufeln.

Nur beim Bankhause stand ein Haufen „Unghäubiger“, „Aufgereger“, „Ruheloser“, „Rebellen.“ Sie lachten zynisch zu den salbungsvollen Worten des dicken Mannes, der auf dem Balkon des Rathauses stand und die Arme beschwörend ausbreitete.

„Wir gehen von Sieg zu Sieg einer neuen, sonnigen Zukunft entgegen. Unsere braven Feldgrauen geben ihr Leben mit Freuden, wenn es um unsere Ehre und Freiheit geht.“

Vor mir stand ein dicker Offizier. Er nickte bekräftigend zu den Worten des Pfaffen. Aber hinter mir waren die „Rebellen“ und redeten empört. Die Leute sahen verwundert auf ihre wogende Wut und einige bekamen einen roten Spritzer; da wurden sie auch rebellisch.

Auch ich! „Wehe den Feinden deutscher Größe, die im Lande herumspucken und das Volk verhetzen!“, schrie der Gottesknecht.

Aus dem Kreise der Rebellen sprang ein Pfiff auf. Und die Leute sahen sich entrüstet um. Und der Pfaffe wurde gelb im Gesicht. Die Frommen trennten sich von den Unheiligen, den Unghäubigen. Es stand der Rebellenhaufen ganz allein. Und der Offizier vor mir spreizte sich so sehr, daß der Kaiserbart in seiner verquollenen Visage zitterte. Da ließ ich in den Kreis der Auführer hinein.

Der Dankgottesdienst begann zu wanken. Selbst des Pfaffen Geschrei brachte ihn nicht zur Ruhe zurück. Und die Bürger sahen hilflos auf seinen fanatisch verzerrten Mund.

Auf einmal sprang aus unserer Mitte ein mächtiger Ruf auf. Er suchte über die Köpfe der Bürger hinweg und peitschte gegen die grauen Häuser.

„Nieder mit dem Geldsack- krieg! Krieg dem Kriege!“

Die Frommen duckten sich. Der Pfaffe verschwand plötzlich vom Balkon. Und der Offizier mit dem Kaiserbart rief den Rachen drohend ausan. „Verfluchtes rotes Gesindel! Schweinerei! Niedertrampeln sollte man euch! Bagatel! Alle guten Deutschen hierher!“

Da kam Leben unter die Bürger. Der Pfaffe war machtlos; nun kam der Soldat, der Offizier, die bewaffnete Macht, und rettete die deutsche Ehre. Einige Polizisten liefen herbei, um zu helfen. Und gedanken- losen Feldgrauen gingen gegen die Auführer vor.

Aber die Rebellion war da. Sie war da und mußte sich auswirken. Und sie wirkte sich aus!

Im nu hatten wir uns formiert. Wir standen in fester Front. Wir waren über hundert. Und wir marschierten. Wir marschierten!

Zuerst waren die Bürger in Ohnmacht. Aber dann schrie das Offiziersmaul wieder. Und der Pfaffe war da. Es gab ein verzweifeltes wortloses Gebrüll. Die Polizisten gingen vor.

Aber wir marschierten! — Wir marschierten noch! Wir kamen bis an die erste Strafe. Wir gingen auch hinein.

Da klatschte ein Schuß. Einer aus unseren Reihen warf die Arme in die Luft und fiel. Und der Offizier hob den Revolver zum zweitenmal. Doch drückte er nicht mehr ab. Aus der ersten Reihe sprang ein dürrer Maurer dem Karl an die Kehle. Der Revolver flog auf das Pflaster. Und einer von uns hatte ihn schon. Er hob ihn und zielte auf den roten Kopf des Offiziers. Es knallte. Der dürrer Maurer kollerte mit dem kaiserlichen Klumpen in die Gasse. Gleich aber stand er wieder und trampelte auf dem Uniformierten herum. Dann war ein wütes Durchhaunder. Pickelhauben blitzten auf und blanke Säbel- und Hef. Und feldgraue Lumpen kollerten darzwischen.

Das war ein kleiner Krieg dem großen Kriege!

Wir wurden überwältigt. Ich fand mich neben älteren Arbeitsmännern auf der Polizeiwache wieder. Ein Uniformierter schlug mir ins Gesicht. Aber ich hörte selbst aus tiefer Ohnmacht heraus den mächtigen Schrei: „Krieg dem Kriege.“

Jahren die französischen Besatzungstruppen das Ruhrgebiet besetzten, da waren es deutsche wie französische junge Arbeiter, die in einem heldenmütigen Kampfe an der Zersetzung dieser imperialistischen Kolob- Armee arbeiteten. Daß die kommunistische Jugend-Internationale, die damals an der Spitze dieses heroischen Kampfes stand, nie wieder auf so greifbare Erfolge zurückzusehen konnte, ist nicht zuletzt auf ihre unheilige Verstrickung in den kleinbürgerlichen Nationalismus der kommunistischen Internationale zurückzuführen.

Überall in Deutschland streckt der Militarismus wieder seine Krallen nach der werktätigen Jugend aus. Angefangen beim „Freiwilligen Arbeitsdienst“, über das „Kuratorium für Jugendertüchtli-

gung“, bis zu den Plänen der Schleicher- Regierung auf Wiedereinführung der „Allgemeinen Wehrpflicht“, ist eine einzige Entwicklung. Solange die proletarischen Jugendorganisationen am Gängelband der Parteien reformistischer wie ultralinken Couleure marschieren und deren Fehler treu kopieren, solange stoßen die berechneten Pläne der herrschenden Klassen auf keinen nennenswerten Widerstand. Erst wenn die proletarische Jugendbewegung das ihr von Karl Liebknecht gesteckte Ziel und gegebene Lebenselement mit dem Erstarken und Reifen der gesamten Arbeiterbewegung wieder übernimmt, wird das Wort ihres unverglichen Führers wieder Geltung haben: „Die Jugend ist die hellste und reinste Flamme der Revolution des Proletariats.“



Rote Kinderwelt

Wir marschieren geschlossen ins neue Jahr

Die „Rote Kinderwelt“ will euch weiter ein guter Führer sein. Haltet guten Schritt, ihr Arbeitermädels und Jungens, daß alle Genossen merken, hier kommen die Jüngsten im Arbeiterbataillon. Seid stolz darauf, daß ihr hinter roten Fahnen marschieret!

Die „Rote Kinderwelt“ wird dies Jahr viel von dem Leben eurer Eltern erzählen. Aber auch von fremden Ländern und den Fämpfen der Arbeiterklasse, von den Roten Falken und ihren Aufgaben, sollt ihr erfahren.

Unsere Zeitung soll mehr als bisher von unseren Lesern selbst bearbeitet werden. Ihr sollt uns viel mehr aus eurem Leben und Treiben, von lustigen und ernstern Erlebnissen schreiben.

Wer will „Kinderwelt“-Korrespondent werden?

Jeder, der regelmäßig Berichte einwendet, wird nach seiner zehnten Einsendung zum Korrespondenten der „Roten Kinderwelt“ bestimmt.

Also tüsch an die Arbeit! Schreibt nur einseitig mit Tinte und leserlich!

Kinder aus der Vorstadt

Im Krankenhaussaal, wo zwischen den giftigen Totenkopfflaschen die Wärterinnen einander haschen und lauzen zwischen den flammenden Schmerzen,

standen wir nackt und weiß, wie Kreide. Wir Großstüdtlingen, auf deren Herzen die Vorstadtnot kniel.

Mit fremden Zungen sprachen die Fenster zu uns vom Glück. Der Arzt kam zu uns mit schwarzer Brille, mit Gläsern, die jedes Lächeln ersticken. Er zitterte unter unseren Blicken und wurde traurig.

Als er uns aber voll Liebe und fein in die Hände nahm, schien er mir weise zu sein, wie Meister Lantner, der Geigenbauer. Und wir waren Geigen aus Ahornholz und sangen ein Lied voller Schmerzen und Stolz

aus unserem Leben. Ein Weidlein horchte er, aber dann als er erkannte, wie falsch wir klangen, weil alles verstümmelt und in Scherben gegangen,

fieng er an, uns alle voll Sorgfalt abzuklopfen; entlockte den Saiten der Rippen den Klang: g — d — a — e — e — a — d — g.

Wißt ihr, Jungens, sagte er, gesund müßt ihr werden, damit, wenn das große Konzert auf Erden gesungen wird auf den Gassen der Welt, ein jeder von euch den Takt auch hält nach den Noten der „Roten Symphonie“.

Dann klapp'ts, aber viel

Lenin, Liebknecht, Luxemburg

In den Tagen des Januars gedenkt die deutsche und die internationale Arbeiterklasse drei ihrer besten Führer, die ihr ganzes Wissen, Können und ihre Lebenskraft für die Sache des Proletariats einsetzten.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die großen Führer in den Revolutionstagen 1918, die prophetischen Stimmen des revolutionären Teils der Arbeiterklasse,

wurden von der Soldateska, dem Teil der Gegenrevolution soerge ermordet. Ihre Worte gegen den Krieg und gegen Bowilligung von Geldern für Anschaffung von Kriegsmaterial wurden im Reichstag und bei vielen Arbeitern nicht anerkannt. Jahrelang wurden sie hinter Kerkermauern gefangen gehalten, damit sie die Massen des Proletariats nicht durch ihre Reden revolutionieren sollten.

Wladimir Iljitsch Lenin war der große siegreiche Führer der russischen Revolution 1917. Jahrelang, auch später in der Verbannung arbeitete er mit einem verhältnismäßig kleinen Kreis treuer Genossen für die kommende Revolution. Unerschrockene Vernunft, einseharter unbiegsamer Wille, heiliger Haß gegen die Sklaverei und Unterdrückung der Arbeitermassen, aber auch grenzenloser Glaube an die schöpferischen Kräfte der proletarischen Massen fand in Lenin seine Verkörperung.

Laßt euch in den Gruppen und von euren Eltern noch mehr über die Taten dieser drei großen Führer erzählen. Wichtig ist aber, wenn ihr älter seid, ihre Werke und Bücher zu lesen, die dem revolutionären Proletariat wegweisend für seine Aufgaben sind.

Ero und der Richter

Ein serbisches Volksmärchen

Einmal weidete Ero des Nachbarn Vieh. Darunter befand sich auch seine eigene Kuh, die gemeinschaftlich mit dem Vieh des Nachbarn ging. Da geschah es, daß eine der Kühe des Nachbarn die Kuh des Ero mit den Hörnern zu stoßen begann und daß Eros Kuh beim Abwehren die andere tödlich verletzte. Da lief Ero geschwind zum Nachbarn und sprach:

„Hochmächtiger Herr, deine Kuh hat oben meine Kuh mit den Hörnern in den Tod gehöhrt.“

„Und wer trägt die Schuld daran?“ fragte der Nachbar. „Hat sie vielleicht jemand gezeit, Menschenkind?“

„Nein, keineswegs! Die Kühe begannen von selber gegeneinander loszugehen.“

„Ja, mein Liebster, Gütester, Bester, für die Kühe bestehen bisher keine Gesetze.“

„Nicht doch, nicht doch, in der Eile versprach ich mich“, meinte da Ero. „Nicht deine, sondern meine Kuh hat deine getötet.“

„Ach so, warte doch einmal, mein Freundchen, da werde ich gleich mal im Gesetzbuche

nachsehen, was da zu machen ist“, sprach der Richter, indem er schon die Hand nach dem Gesetzbuch ausstreckte.

Doch Ero hielt ihn bei der Hand fest und rief: „Keineswegs, sieh erst nicht nach! Wenn du es nicht für notwendig erachtest, wegen meiner Kuh das Gesetz nachzuschlagen, dann sei gerecht und siehe auch nicht wegen der deingigen nach.“

Das Loch im Kopf

Der Maler Franz Hals, einer der berühmtesten Bildnismaler Hollands, war zu Anfang seiner Laufbahn noch recht wenig bekannt und mußte sich manch bittere Kritik gefallen lassen.

Als ihm eines Tages ein besonders schönes Porträt gelungen war, fand es zu seiner Verwunderung wieder nicht den vollen Beifall der Kritiker, die sich für um so klüger halten, je mehr sie auszusetzen fanden. „Der Ausdruck ist nicht gut“, sagte einer. „Ich kann grade noch erkennen, wen das Porträt vorstellen soll“, sagte ein anderer.

In den nächsten Tagen arbeitete Franz Hals emsig an einer Kopie eines anderen Bildes und ließ nur den Teil der Leinwand frei, wo der Kopf hingehörte. Dann vertraute er seinem Modell einen Plan, den er ersonnen hatte, an und der Mann ging bereitwillig auf den Scherz ein.

Der Maler lud die Kritiker noch einmal in sein Atelier ein und bet sie, sich an das Ende des Raumes zu stellen, während er das verbesserte Bild am anderen Ende enthüllen werde. Er zog einen Vorhang zur Seite und ließ das neue Gemälde sehen, durch dessen ausgeschnittenes Loch das Modell seinen Kopf gesteckt hatte, so geschickt, daß er zu dem gemalten Körper passend erschien.

„Es ist nicht gut, Monsieur Hals“, rief einer, nachdem er lange hingeblickt hatte. „Ich kenne das Original und finde nicht, daß es ähnlich geworden ist.“ „Die Augen sind unähnlich“, fügte ein zweiter hinzu. „Der Mund ist verkohrt“, sagte ein dritter.

Bei diesen Worten konnte sich das Modell nicht enthalten zu lachen und die erstaunten Kritiker mußten zugeben, daß sie ein wenig zu weise in der Erfindung von Fehlern gewesen seien.

Freundschaft
Rote Kinderwelt
Breslau, Gartenstraße 21.

Furchtbares Wohnungselend in Strehlen

Proleten müssen im Pferdestall hausen

Bisher hatte man in Strehlen obdachlose Proletarierfamilien kurzerhand in einem Nebenraum der Polizeiwache untergebracht. Dieser Zustand war selbst den bürgerlichen Stadtvätern peinlich und so kam einer von diesen Weisen des Stadtväterrates auf die Idee, daß man einen leerstehenden Pferdestall mit nichts dir nichts in ein „Obdach-

(warum auch nicht, Arbeitslose sollen hungern! Das ist die Meinung der Stadtväter!)

Und das Tageslicht? Wozu brauchen die Obdachlosen Tageslicht? Ein mittelgroßes Stubenfenster führt nach einem von allen vier Seiten umbauten engen Hofraum und spendet nur spärlich Licht. Sonst dienen kellerartige Fensterlöcher (20 x 20 cm groß) lediglich dazu, daß das Regenwasser durch die undichten Stellen des Fensterrahmens hindurch kann, so daß die in der Nähe befindlichen Betten (von Betten darf man ja eigentlich nicht sprechen, man müßte Schlafklippen sagen!) immer feucht sind.

Die Schlafklippen sind nichts weiter als Bretterverschläge, die etwa zweieinhalb mal drei Meter groß sind, in denen auf jeder Seite je zwei übereinander liegende Lagerstätten zusammengezimmert sind. (Siehe unser zweites Bild).

In drei solcher Schlafklippen „wohnen“ nun fünf Familien, während ein Bett für einen Ledigen in der einen Ecke des sogenannten Wohnraumes steht.

Der Fußboden, die Bretter der Verschläge, das Mauerwerk tropft vor Feuchtigkeit, so daß die ganze Behausung, die fast gänzlich gelüftet werden kann, fortwährend modrig

stinkt. Die Kochdünste vom Herd haben keinen Abzug — und wenn man bedenkt, daß auf diesem selbst auch die Wäsche, vor allem die Kinderwäsche gewaschen und im Winter in demselben Raum getrocknet werden muß, so kann man nur im wahrsten Sinne des Wortes von einer der furchtbarsten Wohnhöhlen sprechen.

Obendrein wimmelt es in diesem „Menschentierstall“ derart von Ungeziefer, daß die Aermsten der Armen, die dazu verurteilt sind in diesem „Asyl“ zu wohnen, sich des Ungeziefers nicht mehr erwehren können.

Man glaube nur nicht, daß dieser Zufluchtsort für Obdachlose nur für kurze Zeit von dem einen oder anderen Proleten bewohnt werden muß, bis er eine menschenwürdige Wohnung gefunden hat — o nein, eines der Ehepaare ist bereits seit 15 Monaten gezwungen, in dieser Hölle zu hausen.

Wenn nichts bisher den Untergang der bürgerlichen Kultur bewiesen haben sollte — hier beginnt der Zustand der Barbarei, aus dem es nur einen Ausweg gibt: die soziale Revolution und die Diktatur des Proletariats als Übergangsform zum Sozialismus. Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann die Wohnungsfrage nicht gelöst werden.



losenasyl“ verwandeln könne. Die Idee fand Anklang, man holte sich ein Gutachten eines „Hausachverständigen“ ein und sah, daß der „Umbau“ keine großen Kosten verursachen würde und so ward die Sache beschlossen und auch durchgeführt.

Die Stadtverwaltung brachte seitdem ihre Obdachlosen in diesem „Asyl“ unter und sonnte sich in dem Gefühl, eine „humane“ Tat vollbracht und die Wohnungsnot in Strehlen liquidiert zu haben.

Schlimm steht es aber um die Humanität in der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unsere Bilder mögen das illustrieren!

Fünf Ehepaare mit zusammen sechs kleinen Kindern wurden in diesen ehemaligen Pferdestall gepfercht. Das eine unserer Bilder (das größere) zeigt einen Teil der Bewohner, im sogenannten „Vorraum“, der als Tagesaufenthalt und als Küche zugleich dient, vor der Tür zu einem der Schlafräume, oder besser gesagt Schlafställe.

Ein Herd, der gleichzeitig zur Beheizung dient, muß für die 16 Personen ausreichen



Unglaublicher Klassenverrat

SPD stimmt für Deutschnationalen und gegen eigenen Parteigenossen / Dringlichkeitsantrag gegen SA-Terror abgelehnt / Sparkasse ohne städtische Aufsicht Wofür alles Geld da ist

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die erste im neuen Jahr, wurde wegen der Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthi vor der Breslauer Industrie- und Handelskammer vorzeitig abgebrochen, weil die Herren der Rechten es wünschten. Dadurch wurden eine Reihe wichtiger Vorlagen, darunter die schon mehrfach vertagten Winterhilfsforderungen der Erwerbslosen, erneut vertagt. Was kümmert es auch die Herren Bourgeois, wenn die Erwerbslosen Kälte und Hunger ausgesetzt sind! Sie haben andere Sorgen.

Die Wahl des Vorstandes

für das Jahr 1933 stand im Zeichen des von unserer Partei der SPD gemachten Einheitsfront-Vorschlages, nämlich die Stimmen der Arbeitervertreter zu vereinigen auf den Sozialdemokraten Bandmann. Dieser Vorschlag wurde nicht zuletzt gemacht wegen der sozialdemokratischen Argumente, wir, die SAP, seien an der Wahl des Deutschnationalen Friedrich im Grunde schuld. Hofften wir noch bis zuletzt, die Sozialdemokratie werde den von uns gemachten Vorschlag freudig aufnehmen und so an der Herstellung einer gemeinsamen Front der Breslauer Arbeiterschaft mitwirken, so zeigte bereits die gestrige „Volkswacht“ das Gegenteil. Unter der skandalösen Überschrift „Spiel mit der Einheit“ teilte die sozialdemokratische Führung mit, daß sie aus parlamentarischen Erwägungen unseren Vorschlag ablehnen und nur auf den zweiten Vorsteherposten reflektieren wird. Da diese Wahl nur in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Fraktionen möglich ist, gehen wir nicht fehl, wenn wir behaupten, daß die sozialdemokratischen Führer den Kuhhandel mit den Deutschnationalen bereits abgeschlossen hatten. Ihnen war also in bekannter sozialdemokratischer Manier „der Spießling in der Harz“ besser als die Taube auf dem Dache.“ Die gestrige Sitzung brachte den sozialdemokratischen Arbeitern einen geradezu glänzenden Anschauungsunterricht über die

Rolle der sogenannten Arbeitervertreter im Stadtparlament. Während die gesamte Rechte bis zur sozialdemokratischen Fraktion dem Deutschnationalen Dr. Friedrich ihre Stimme gaben stimmten nur die Vertreter der SAP für den Sozialdemokraten Dr. Bandmann. Die Sozialdemokraten stimmten also gegen ihren eigenen Parteigenossen. Dieser unerhörte Vorgang muß gerade unter den sozialdemokratischen Arbeitern eine Welle des Protestes auslösen. Die SPD in der Front der Hugenbergianer. Das ist zwar nichts Neues, aber unter den obwaltenden Umständen und angesichts des fanatischen Hasses, den gerade die Hugenbergpartei gegen alles Sozialdemokratische empfindet, ein beispielloser Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft. Daran können auch die ins Schild geführten „parlamentarischen Gepflogenheiten“ nichts ändern. In der Logik rätete ja die Sozialdemokratie in den Fällen, wo die Nazis die stärkste Fraktion sind, auch diesen ihre Stimme geben. Da sie dies nicht tut (uns sind wenigstens Fälle dieser

Art nicht bekannt), zeigt sich die ganze Demagogie der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker. Wir werden jedenfalls nicht müde werden, diesen neuen Verrat der sozialdemokratischen Führung entsprechend anzuprangern und den sozialdemokratischen Arbeitern zeigen, daß die SPD zu einer wirklichen Arbeiterpolitik für alle Zeiten untauglich ist.

Die weitere Wahl des Vorstandes vollzog sich dann dergestalt, daß sämtliche Mitglieder des alten Vorstandes, darunter auch unser Genosse Kottusch, wieder gewählt wurden. Von seiten der kommunistischen Partei wurde erklärt, daß sie in allen Wahlen für ihren Kandidaten Cuhj stimmen werden. Dabei leistete sich der Kommunist Brodde eine geradezu dumme Denunziation seines Parteifreundes Adelt gegenüber den anwesenden Gewerkschaftsführern. Er betonte nämlich, daß Adelt keineswegs wegen politischer Differenzen (!), sondern wegen Überarbeitung sein Mandat niedergelegt habe und daß er sein Hauptaugenmerk auf die Gewerkschaften richten werde und darum den Gewerkschaftsführern noch sehr viel zu schaffen mache.

Ein weiteres unglaubliches Verhalten zeigte die SPD angesichts der von den Kommunisten beantragten Rückgängigmachung des in der letzten Sitzung durchgeführten Ausschlusses des Stadtverordneten Zylla. Bekanntlich wurde Zylla von der Polizei aus dem Saal geschleift. Für seine nachträgliche moralische Rechtfertigung stimmten nur: SAP und KPD, während sich die Sozialdemokratie der Stimme enthielt.

Ein von den Kommunisten eingebrachter und von der SAP unterstützter Dringlichkeitsantrag gegen den Mordterror der braunen SA-Banden und für die Unterstützung der Eltern des von den Nazis ermordeten Jungarbeiters Hanisch führte zu einer längeren Diskussion über die Dringlichkeit selbst. Nur die Vertreter der Arbeiterparteien stimmten für die Dringlichkeit dieses Antrages. Er wurde dadurch abgelehnt. Die von Tausenden christlicher Arbeiter gewählten Zentrumsver-

Aufmarsch des SSB Breslau zur Kreiskonferenz

Aufmarschplan

für die Demonstration des SSB Breslau am Sonntag, dem 15. Januar 1933, 9 Uhr vorm.

Antreten:
Alle Stadtteile treten 8,30 Uhr am Neumarkt an.

Abmarsch:
9 Uhr:

Marschstraßen:
Neumarkt, Kupferschmiedestr., Malergasse, Herrenstraße, Nikolaistr., Königsplatz, Friedrich-Wilhelm-Straße, Frankfurter Straße, Bärenstraße.

treter stimmten gegen die Dringlichkeit und mochten sich damit zu Anwaltern der Mordhetzen.

Von besonderer Bedeutung der obigen Vorlagen waren insbesondere die Magistratsvorlagen über die Mietung von einem Raum für das Wohlfahrtsamt und die städtischen Dezentale. Zur Entlastung der vielen ungenutzten Blockstellen des Wohlfahrtsamtes wurde das Halbinsel-Grundstück auf dem Wachtplatz und ein Bürohaus in der Springerstraße gemietet, eine Maßnahme, die angesichts der unerbörten Strapazen, welchen die Arbeitslosen in den bisherigen Räumen ausgesetzt waren, eigentlich schon hätte erfolgen müssen. Die von der Stadtbank durch Versteigerung erworbenen Räume des Lützow-Hauses sollen zur Zentralisierung der Bürodienststellen benutzt werden. Für den Ausbau dieser Räume ist eine Summe von 300.000 Mark veranschlagt. Wie viele den unglücklichen Dezententen befreundete Unternehmer werden sich schon jetzt um die Ausführungen dieser Ar-

Lenin-, Liebknecht-, Luxemburg-Gedenken

am Sonntag, dem 15. Januar, 10 Uhr, im Zentralkino, Westendstraße. — Der Russenfilm „Der blaue Express“ und „Die roten Rufer“ zur Vervollständigung der Gedenksfeier.
Genossen, beteiligt euch alle daran!
Karten für 20 Pf. an der Kasse.

belten bemühen? Einem bürgerlichen Antrag, die Deckung dieser Ausgaben im Hauptextraordinarium des Jahres 1933 vorzunehmen, also sozusagen einen Wechsel auf die Zukunft auszustellen, widerspricht unser Genosse Fritz Pletsch sehr wirkungsvoll. Dies führt dazu, daß der Kämmerer plötzlich erklärt, es sei doch Geld da. Die Räume der Schulverwaltung hinter der Magdalenenkirche werden gleichfalls frei. Sie werden jedoch nicht aufgegeben, sondern in diesen völlig ungeeigneten dunklen Räumen soll eine Wohlfahrtsblockstube eingerichtet werden. Wir erlauben uns die Anfrage, ob für diese Maßnahmen nicht zuletzt die gute Verbindung des Kämmerers Friedel zu dem Bildhändler Wenzel, dem diese Räume gehören und der dadurch von einem Mietsausfall betroffen wurde, entscheidend waren?

Der bei der Beratung der Ortsatzung der städtischen Feuerwehr von den Kommunisten gestellte Antrag, die Feuerwehr auf keinen Fall gegen kämpfende Arbeiter, Streiks usw. einzusetzen, wird auf Antrag der SPD dem Ausschuss überwiesen.

Bei der Beratung der neuen Sparkassensatzung, die ja bekanntlich dem städtischen Eingriff nahezu entzogen ist, verweist unser Genosse Eckstein in treffenden Ausführungen auf die Schuld der Regierung Braun-Severing gerade in dieser Frage. Das Statut macht die Sparkasse selbständig und stellt sie unter die Oberhoheit eines staatlichen Kuratoriums, daß, was geschieht, ist also ohne Beerdigung letzter kommunaler Rechte.

Ein Antrag des Magistrats verlangt die Einbeziehung des Direktors der Friedhofsverwaltung als stimmberechtigtes Mitglied in die Friedhofseparatton. Während die SPD Ausschußüberweisung beantragt, spricht unser Genosse Fritz Pletsch prinzipiell dagegen. Der Magistrat will sich damit nur einen stärkeren Einfluß verschaffen. Solange den Vertretern der städtischen Betriebsämter nicht nur kein Stimmrecht, sondern auch keine beratende Stimme gewährt wird, wenden wir uns ganz entschieden gegen solche die Rechte des Parlaments weiter einschneidende Maßnahmen des Magistrats. Nach der Beratung einer Reihe kleinerer Vorlagen wurde die Sitzung frühzeitig geschlossen und die Herren Unternehmer, Rechtsanwälte und Sydikusse usw. bekamen Gelegenheit, ihren allerheiligsten Dr. Luther sprechen zu hören.

Wie die SPD ihre Verräterei begründet

Aus dem Bericht über die gestrige Stadtverordnetenversammlung in der „Volkswacht“ von heute:

„Seit der Parteispaltung durch die Sapler sind die Deutschnationalen auf dem Breslauer Rathause die stärkste Fraktion und haben damit ein Anrecht auf den Vorsteherposten. Also haben unsere Genossen dem bisherigen Vorsteher Dr. Friedrich wieder ihre Stimme gegeben. Auf das Angebot der Sapler, die diesmal für Genossen Bandmann, stimmen wollten, und gestimmt haben ist unsere Fraktion nicht eingegangen.“

Proleton-Vorschau

Die Leitung des Proletons schreibt uns: Eine phantastische Erzählung aus den Urwäldern von Borneo nennt sich „Das Ende von Maradu.“ In die unheimliche Wildnis zu einem exotischen Erlebnis führt dieser Film in deutscher Sprache. Er zeigt Bilder von nie gesehener Schönheit mit ungeheuren Bauten in einer phantastischen Pracht. Vollendete Aufnahmen vom Ausbruch eines Vulkans mit allen seinen Schrecken machen den Film zu einem Ereignis.

Als zweites großes Werk der modernen Tonfilmkunst zeigt das Wochenprogramm: „Die Gräfin von Monte Christo.“ Ein Hochstapelmärchen unserer Tage mit einer Kette von plausiblen Einfällen mit Witz und Spannung ist dieser Film.

Aue

Die NSDAP mit ihren Bürgerkriegshorden SA und SS üben Schrecken im braunen Haus, Carolstraße, und verletzten schwer ihren eigenen Genossen, den 18-jährigen Heinz Vogel aus Aue-Alberoda. Der Name des Nazi, der den Schuß abgegeben hat, steht noch nicht fest. Der Schwer-

Achtung! Dresden!

Sonntag, 15. Januar, 20 Uhr, im Kongressaal des Dresdner Volkshauses:
Lebknecht-Luxemburg-Feier
Musik — Rezitation — Chorgesang — Ansprache.
Mitgliederveranstaltung der SAP, des SSB, des SJV Dresden.

verlezt wurde von seinen Parteigenossen in das Auer Stadtkrankenhaus gebracht. Die Auer Arbeiterschaft fordert strengste Untersuchung dieses Vorfalles und Räumung dieses Heims. Wie lange will die Arbeiterschaft diesem Treiben der Nazi noch zusehen, schafft den Arbeiterblock, denn nur die unite Arbeiterklasse kann den Faschismus überwinden. Wie noch bekannt geworden, hat sich ein ebensolcher Fall in Lützenloch abgespielt.

Das neugewählte Auer Stadtverordnetenkollegium wählte in seiner ersten Sitzung ein Nazi-Präsidium. Vorsteher wurde Schulmeister Linder (Aue-Alberoda), Stellvertreter Lenk und Müller (Aue). Die KPD schenkte für ihren Vertreter und die SPD gab unbeschriebene Zettel ab.

Heidenau

Es gibt auch in unserem Orte Politiker, die mehrere Male (zuletzt in der Richtung Amerika) Silberstreifen am Wirtschaftshorizont aufleuchten sahen. Wir haben sie in politischen Diskussionen noch nicht von ihrem Irrtum überzeugen können, vielleicht aber tun es nachstehende Zahlen:

Von reichlich 16.000 Einwohnern, die unsere Industriegemeinde zählt, sind 3500 arbeitslos, darunter ein Drittel Frauen. 2600 Personen erhalten öffentliche Unterstützung, und zwar 1700 Wohlfahrtsunterstützung und 900 Au oder Krn. Der Rest von 900 darüber hinaus arbeitslos Gemeldeten lebt von der Gnade seiner Familienangehörigen.

Übersunnewalde

Das neue Gemeindeverordnetenkollegium, das aus 3 Vertretern der SPD, 1 der SAP, 1 der KPD, 2 der Bürgerlichen und 2 der Nazis besteht, trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nachdem Bürgermeister Löffler die Neugewählten begrüßt und beauftragt hatte, wurden die Wahlen zum Präsidium vorgenommen. Zum 1. Vorsteher wurde mit 5 Stimmen der Linke Gen. Hermann Bräuer (KPD) gewählt, Bürgermeister Löffler erhielt 4 Stimmen. Mit derselben Mehrheit wurde Gen. Paul Kunert (SAP) zum 2. Vorsteher gewählt. Als stellvertretender Bürgermeister wurde Gen. Hermann Oehme (SPD) mit 7 Stimmen, als 2. Stellvertreter Karl Huste (Bürgerlich) gewählt. U. a. führte der Antrag der SAP auf Gewährung einer örtlichen Winterbeihilfe für die Erwerbslosen zu einer längeren po-

litischen Aussprache. Da Bürgermeister Löffler zum wiederholten Male erklärte, daß die Gemeinde finanziell dazu nicht in der Lage ist, beantragte unser Gen. Kunert, daß die Finanzen der Gemeinde nochmals ernstlich geprüft werden. — Man darf in Zukunft gespannt sein, wie sich die beiden Nazivertreter, ein subventionierter Ortsbesitzer und ein Wohlfahrtsverwerflicher, bei den Abstimmungen über wirtschaftliche Fragen verhalten werden. Wir werden hier manche Hebetraschung zu erwarten haben. Besuch deshalb rege die öffentlichen Sitzungen.

Pirna

Der „freiwillige Arbeitsdienst“ umfaßt im Bereiche des Arbeitsamtes Pirna im Jahre 1932 insgesamt 34 „Maßnahmen“, die noch nicht alle beendet sind. Es handelte sich dabei um 4 Arbeiten im Forst, bei 6 um Hofregulierung, 7 Straßen- und 13 Sportplatzbauten und 5 Naharbeiten. Bei den noch laufenden Arbeiten werden rund 700 Arbeitsdienstwillige gezahlt. Ueberwogen bisher die sogenannten „offenen Lager“ die geschlossenen, so wird das in Zukunft anders werden, da dem Vernehmen nach Arbeiten im offenen Lager überhaupt nicht mehr genehmigt werden sollen. Ist die Kasernierung für den gesamten FAD gelungen, so ist damit auch eine weitere Etappe auf dem Wege zur Dienstpflicht gewonnen.

Augenblicklich besteht zwar wenig Aussicht auf Massenwiderstand gegen diese Dinge, aber die Annahme eines gewissen passiven Widerstandes ist wohl nicht unbedeutend, wenn man weiß, daß bei den oben genannten Arbeiten der Zu- und Abgang mit etwa einem Drittel der Beschäftigtenzahl überhaupt verhältnismäßig groß war, demnach viele ein Haar in der Suppe gefunden haben müssen.

Schneeberg

Die erste Sitzung des neuen Kollegiums stand im Zeichen des Hungers und der Nazifähigkeit. Als der Bürgermeister die Sitzung eröffnete und dem alten Kollegium für die geleistete Arbeit dankte und das neue einwies, drängen die Rufe der Erwerbslosen „Arbeit und Brot“ ins Sitzungszimmer. Die Wahl des Präsidiums brachte die zehn uniformierten Nazi und die vier Bürgerlichen zur Harzburger Front gegen die Linke zusammen.

Vorbildliche Einheitsfront in Glashütte

Am Sonntag, den 8. Januar zog die SA wieder einmal auf. Ganze 28 Männchen wurden auf die Beine gebracht, einschließlich der Reservisten aus den umliegenden Dörfern. Fememord und Führerstreit kamen wohl auch hier zur Auswirkung.

Erfreulicher sah das Bild am Dienstag aus, als die Erwerbslosenstaffeln des proletarischen Abwehrkartells als Auftakt zur Stadtverordnetenversammlung zogen. Die Beteiligung war sehr gut.

Als um 18 Uhr die Sitzung durch den Vorsteher, unseren Genossen Neumann, eröffnet wurde, war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Die Ausschuss- und Stadtratswahlen ergaben dank der Einstimmigkeit im proletarischen Lager die bestmögliche Vertretung der drei Parteien.

Auf diese Weise kam ein reines Nazi-Präsidium zustande. SAP und SPD stimmten für den KPD-Genossen Schürer, der nur elf Stimmen auf sich vereinigte. Auch der stellvertretende Bürgermeister wurde ein Nazi. Nachdem im ersten Wahlgang Genosse Schürer die Mehrheit hatte, zogen die Bürgerlichen nach einer Besprechung mit den Nazis ihren Vorschlag zurück und stimmten für den Nazi Dr. Gerlach. Bei der Wahl der Schriftführer war es interessant zu sehen wie der Nazifraktionsführer, ein Hebermensch aus Einbildung, seine Hampelmänner kommandierte, sie wurden von ihm vorgeschlagen und mußten annehmen. Zwischenrufe waren daher ganz unvermeidlich. Als es bei den Nazis an einem Schriftführer mangelte, schlug ein Zwischenrufer „Gregor Strasser“ vor. (Heiderkeit.) Am schlußendlich machte sich die Unfähigkeit des Nazi-Präsidiums bei der Wahl der Ausschüsse bemerkbar, die Wahl dauerte fast zwei Stunden. Genosse Krauß gab, als die Herrschaften schon lange genug gerechnet hatten, für die SAP die Erklärung ab, daß die SAP für den Wahlvorschlag der KPD stimmt. Die Herrschaften durften nun noch einmal von vorn mit ihrer Rechnerie beginnen. Obwohl die KPD durch die Handlungsweise der SAP einen Ausschusssitz mehr erhielt, lehnte sie es auf Grund der Richtlinien ihrer Bl. ab, einen SAP-Genossen in die wichtigsten Ausschüsse mit hineinzunehmen. Einige gute KPDisten sind über die Handlungsweise ihrer Stadtverordnetenfraktion berechtigter-

Achtung! Achtung! Ortsgruppen Westsachsen und Halle-Merseburg

Schutzbundarbeitskonferenz in Leipzig

findet am Sonntag und Montag, den 21. und 22. Januar 1933, statt. Lokal: Parteibüro der SAP, Leipzig C 1, Emilienstraße 8, Hof II. In Orten, wo keine SSB-Ortsgruppe besteht, entsendet die SAP oder SJV einen offiziellen Vertreter. Quartieranmeldungen haben bis zum 18. Januar zu erfolgen. Die Fragebogen sind schnellstens zurückzusenden. Anfragen und Quartieranmeldungen sind an Gen. W. Friedrich, Leipzig O 5, Rabat 14, zu richten.

Kampfbereit!
Techn. Leitung des SSB.

Genosse Martin Fischer (SAP) wurde zum Stadtrat gewählt, außerdem ein Bürgerlicher. Der Nazi fiel durch. Ein Nazi-Agitationsantrag: Verzicht der Stadtverordneten auf die Aufwandsentschädigung (60 Mk. pro Jahr!) zu Gunsten der Erwerbslosen etc. wurde allseits treffend als Stimmfang gekennzeichnet und mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Zuhörerschaft dürfte schon aus den ersten Sitzungen des neuen Kollegiums den richtigen Eindruck von den Naziver tretern gewonnen haben.

Im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegt es, daß die hier gezeigte Einheitsfront sich zum dauernden Zustand auswächst; im Parlament sowie bei den außerparlamentarischen Aktionen.

Heute Sonnabend, Einheitsfront-Aufmarsch gegen den Faschismus der gesamten organisierten Arbeiterchaft! (SPD, SAP, KPD) Erscheint restlos!

weise sehr empört. Freunde von der KPD, ist das die Einheitsfront, die ihr meint? Zur politischen Diskussion mit den Nazis kam es bei der Beratung über die Erwerbslosen-Anfrage auf Abschaffung der Tribünenkarten und Bewilligung der Winterhilfsforderungen. Den Antrag auf Abschaffung der Tribünenkarten lehnten sie in Gemeinschaft mit den Bürgerlichen gegen die Linke ab und die Winterhilfsforderungen wollten sie dem zuständigen Ausschuss überweisen. Die Genossen der Linken, insbesondere unsere Genossen Krauß und Gerber nahmen die Politik dieser Herrschaften und auch einzelne Nazigrößen unter die proletarische Lupe. Ganz gleich, ob bürgerliche Vertreter oder Nazi, beide arbeiten in den Parlamenten gegen die Arbeiterschaft. Nachdem die Nazi weder ein noch aus wählten, stimmten sie den Forderungen zu, lehnten aber mit den Bürgerlichen den kommunistischen Deckungsvorschlag ab.

Polizei unter dem Schutz der Nazi? Oder umgekehrt? Mittwoch, den 4. Januar früh, in der dritten Stunde, Schneeberg liegt in tiefem Schlaf, als lichtschüchternes Gesindel auf dem Wolfsberg umherschleicht, in die Gärten einsteigt und an der Haustür des Genossen Krauß herumtörgelt. Plötzlich krachen Schüsse. Ein Radfahrer hat die Nachtschwärmer bei ihrer Arbeit gestört. Am nächsten Morgen werden Patronen und Patronenhülsen und andere Gegenstände gefunden. Es steht außer Zweifel, daß der mißglückte Überfall unserem Genossen Krauß gegolten hat. Wollten sich die Herrschaften etwa an unserem Genossen Krauß rächen, weil er ihnen in der ersten Sitzung eine Lektion erteilt hat? Man wird nun nicht recht schlau, waren die Nazi unter dem Schutz der Polizei oder die Polizei unter dem Schutz der Nazi? Jedenfalls ist es recht sonderbar, daß auch Pfeifferröder mit dabei war, der am Vorabend, als die Massen sich vor dem Rathaus drängten, in der Wache verkehrte. Niemand glaubt, daß es Kommunisten waren, denn wären es welche gewesen, dann hätte man sofort massenhaft Verhaftungen vorgenommen. Jetzt gibt die Polizei bekannt, daß lediglich der Kommissar Schürer die Schüsse abgegeben habe. Recht eigenartig. Warum schießt man in der Nacht? Sonderbar. Herr Staatsanwalt, hier ist Arbeit für Sie.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN

SAP

Planitz, Sonnabend, 21. Januar, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus. Gen. Max Seydewitz spricht über „Die Aufgaben der SAP.“

Schutzbundaufmarsch in Mylau! Anlässlich des Bezirksparteitages in der Halle der Freien Turnerschaft am 22. Januar, vorm. 9 Uhr, bei welchem Gen. Klaus Zwillings-Berlin anwesend sein wird, findet am Vorabend ein Aufmarsch des Schutzbundes von Mylau, Netzschau, Reichenbach, Rotschen, Brockau, Elsterberg, usw. statt. Stellen: 6 Uhr abends. Restlose Beteiligung Ehrensache!

Mylau i. V. Freie Turnerschaft. Am kommenden Sonntag, nachm. 4 Uhr, findet in der Halle die diesjährige Hauptversammlung statt. Tagesordnung wichtig! Anträge für die Versammlung können nur noch bis Sonnabendabend eingereicht werden. Es ist unbedingte Pflicht aller Genossen und Genossinnen, restlos zur Stelle zu sein.

SAP Niederhafflau b. Zw. Generalversammlung - Jung Sonnabend, den 14. Januar, 19.30 Uhr, bei Albert Förster.

Dresden

Kauft bei **Schuh-Oestreich** das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:

Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben L+Mu

Pirna

Bäckerel und Konditorei
Karl Gollmar Steinplatz 14

Möbel

handwerksmäßig ge-
diegene Arbeit. Lange-
Straße 15. Matthes.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Kamenz i. Sa.

Altertumsschänke - Kamenz

Heute bis Sonntag, den 15. Januar

Großer Bockbier-Ausschank

Zwickau

Besuchen Sie das Kino-
Varieté für jedermann

Deutsches Theater

Montag und Donnerstag
Programmwechsel!
Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

Lest den „Roten Pionier“

Hiermit bestelle ich ab die **SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Reichsausgabe** zum Preise von 2,10 RM. monatlich zuzüglich 36 Pfg. Zustellgebühren

Name:

Stand:

Wohnung:

Dieser Bestell- oder Aufnahmeschein ist bei der Expedition der SAZ oder im Parteisekretariat, Breslau 5, Gartenstraße 21 oder bei den Funktionären der SAP oder der SJV abzugeben.

Heidenau

Heidenauer Hof, Inh. Ernst Tarnert
Social-Anschank — Berr. Bier — Zehniger Krosskire
Vorspanner — Schattiger Garten
Jeden Sonntag! Schließzeit.
Verkauf ff. Warenwaren auch über die Straße.

Radebeul

Alle Schreinerarbeiten bei **Erich Gebauer**
RADEBEUL - Sorbentz Str. 72 - Witzsch. 44

Frankenhausen

„PARADIES“ Frankenhausen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr der große Ballbetrieb ff. Speisen und Getränke
(Kapelle Maler)

Es laden freundlich ein **Erich Schreiter u. Frau**

Beitritts-Erklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur **Sozialistischen Arbeiter-Partei**

Name:

Stand: Geb.:

Ort, Wohnung:

Mitglied der Gewerkschaft

Eingetreten: Leser der

Bitte recht deutlich schreiben!

Trotz Alledem!

Karl Liebknecht spricht zu uns

„Generalsturm auf Spartakus!“ „Nieder mit den Spartakisten!“ heult es durch die Gassen. „Packt sie, peitscht sie, stecht sie, schließt sie, spießt sie, trampelt sie nieder, reißt sie in Fetzen!“ Grauel werden verübt, die jene belgischen Grauel deutscher Truppen in Schatten stellen.

„Spartakus niedergedrungen!“ jubiliert es von „Post“ bis „Vorwärts“!

„Spartakus niedergedrungen!“ Und die Säbel, Revolver und Karabiner der wiederhergestellten allgermanischen Polizei und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter wird seine Niederlage besiegeln. „Spartakus niedergedrungen!“ Unter den Bajonetten des Obersten Reinhardt, unter den Maschinengewehren und Kanonen des Generals Lüttwitz sollen die Wahlen zur Nationalversammlung vollzogen werden — ein Plebiszit für Napoleon-Ebert.

„Spartakus niedergedrungen!“

Jawohl Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Jawohl Niedergedrungen an die Hundert ihrer Besten! Jawohl, in Kerker geworfen viele Hunderte ihrer Getreuesten!

Jawohl Sie wurden geschlagen. Denn sie wurden verlassen von den Matrosen, von den Soldaten, von den Sicherheitsmannschaften, von der Volkswehr, auf deren Hilfe sie fest gebaut hatten. Und ihre Kraft wurde gelähmt durch Unentschlossenheit und Schwäche ihrer Leitung. Und die ungeheure gegenrevolutionäre Schlammlut aus den zurückgebliebenen Volksteilen und den besitzenden Klassen ersäufte sie.

Jawohl, sie wurden geschlagen. Und es war historisches Gebot, daß sie geschlagen wurden. Denn die Zeit war noch nicht reif. Und dennoch — der Kampf war unvermeidlich. Der Kampf war dem Proletariat aufgezwungen von der Ebert-Bande; und elementar brauste es aus den Berliner Massen hervor, über alle Zweifel und Bedenken hinweg.

Jawohl Die revolutionären Arbeiter Berlins wurden geschlagen.

Und die Ebert-Scheidemann-Noske haben gesiegt. Sie haben gesiegt, denn die Generalität, die Bureaucratie, die Junker von Schlot und Kraut, die Pfaffen und die Geldsäcke, und alles, was engbrüstig, beschränkt, rückständig ist, stand bei ihnen. Und siegte für sie mit Kartätschen, Gasbomben und Minenwerfern.

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, um edelste Ziele der leidenden Menschheit, um geistige und materielle Erlösung der darbenenden Massen; sie haben um Heiliges Blut vergossen, das so geheiligt wurde. Und aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Drachensaat für die Siege von heute, werden die Gefallenen Rächer entstehen, aus jeder zerletzten Faser neue Kämpfer des hohen Sieges, die ewig ist und unvergänglich wie das Firmament.

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre. Noch entbehrt ja das deutsche Proletariat der revolutionären Ueberlieferung und Erfahrung. Und nicht anders, als in tastenden Versuchen, in jugendhaften Irrtümern, in schmerzlichen Rückschlägen und Misserfolgen kann es die praktische Schulung gewinnen, die den künftigen Erfolg gewährleistet.

Für die lebendigen Urkräfte der sozialen Revolution, deren unaufhaltsames Wachstum

das Naturgesetz der Gesellschaftsentwicklung ist, bedeutet Niederlage Aufpeitschung. Und über Niederlage und Niederlage führt ihr Weg zum Siege.

Die Sieger aber von heute?

Für eine ruchlose Sache verrichteten sie ihre ruchlose Blutarbeit. Für die Mächte der Vergangenheit, für die Todfeinde des Proletariats.

Und sie sind schon heute unterlegen! Denn sie sind schon heute die Gefangenen davor, die sie als ihre Werkzeuge zu gebrauchen dachten, und deren Werkzeuge sie seit je waren.

Noch geben sie der Firma den Nemen. Aber nur eine kurze Galgenfrist bleibt ihnen.

Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. Nie waren solche Judas in der Welt, wie sie, die nicht nur ihr Heiligstes verrietten, sondern auch mit eigenen Händen ans Kreuz schlugen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August 1911 tiefer sank als jede andere, so bietet sie jetzt, beim Morgengrauen der sozialen Revolution, das abscheuerregende Bild.

Die französische Bourgeoisie mußte die Junischlächter von 1848 und die Maischlächter von 1871 aus ihren eigenen Reihen nehmen. Die deutsche Bourgeoisie braucht sich nicht selbst zu bemühen — „Sozialdemokraten“ vollführen das schmutzig-verächtliche, das blutig-feige Werk; ihr Cavaignac, ihr Gallifet heißt Noske, der „deutsche Arbeiter“.

Glockengeläute rief zur Schlächtere; Musik und Tücherschwenken, Siegesjubel der vom

Rosa Luxemburg

... Über Einheitsfront

Wenn sich die Einheit des Proletariats mit schönklingenden Phrasen von der Notwendigkeit dieser Einheit aufbauen ließe, so würde die Frage der Einheit in allen Ländern längst Tatsache. Allein die frommen Wünsche und der aufrichtige Wille genügen nicht, um die Vereinigung herbeizuführen. Es ist unerlässlich, daß die verschiedenen Teile des Proletariats begreifen, welches das richtige Programm und die richtige Taktik des proletarischen Klassenkampfes sein muß, daß sie sich vollkommen auf diesen Boden stellen, dann erst ist die Vereinigung möglich. Die Einheit ist bei uns keine Angelegenheit des aufrichtigen Willens und schöner Resolutionen, sondern eine Angelegenheit der Einheit der Grundsätze und der alltäglichen Taktik.

... Über die SPD

Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch ihre Säfte einen mächtigen Körper groß gezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, die sie obendrein mit der Sicherheit eines Naturforschers theoretisch vorausgesehen und in allen wesentlichen Zügen vorausgesagt hatte, versagte ihr völlig das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen.

in der „Internationale“ 1915.

So, Parteigenossen, drängen die Herren Ebert-Scheidemann dazu, daß sich eine konterrevolutionäre Bewegung breit macht. Sie werden mit dem emporlodenden Flammen des ökonomischen Klassenkampfes nicht fertig werden, und sie werden der Bourgeoisie mit

ihren Bestrebungen doch nicht Befriedigung schaffen. Sie werden untertauchen, um entweder einem Versuch der Konterrevolution Platz zu machen, die sich zusammenrafft zu einem verzweifeltten Kampf um einen Herrn Gröner oder zu einer ausgesprochenen Militärdiktatur unter Hindenburg, oder aber sie werden anderen konterrevolutionären Mächten weichen müssen.

Rede zum Programm Dezember 1918.

Ein Hund ist, wer den Stiefel der Herrschenden leckt, der ihn jahrzehntlang mit Tritten bedachte.

Ein Hund ist, wer im Maulkorb des Belagerungszustandes fröhlich schweifwedelt und den Herren der Militärdiktatur leise um Gnade winselnd in die Augen blickt.

Ein Hund ist, wer einen Abwesenden, einen Gefesselten heiser anbellt und dabei den alltäglichen augenblicklichen Machthabern Apportdienste leistet.

Ein Hund ist, wer die ganze Vergangenheit seiner Partei, wer alles, was ihr ein Menschenalter heilig war, auf Kommando der Regierung abschwört, begeistert, in den Kot tritt.

Hunde sind und bleiben dennoch die David, Landsberg und Genossen!

Nach den revolutionären Demonstrationen am 1. Mai 1918 hob der Reichstag für Karl Liebknecht die Immunität auf. Der Mehrheitssozialdemokrat David meinte damals mit Bezug auf Liebknecht, ein Hund, der laut bellt, beiße nicht. Die Spartakusgruppe antwortete mit dem von Rosa Luxemburg verfaßten, seitdem berühmt gewordenen „Hunde“-Flugblatt.

... Über Parlamentarismus

Macht euch darauf gefaßt, nicht bloß eure Stimme für uns zu geben, sondern auch euer Leben.

schlossen, ins Feld zu fahren. Als alles fertig war, die Unruhe sich gelegt hatte und die Traktoristen und Kutscher das Abfahrtsignal erwarteten, winkte Wjetrow mit der Hand und schrie mit singender, etwas bedeckter Stimme: „Genossen! Erste Kolonne — marsch! Die zweite Kolonne in die Kollektivwirtschaften, marsch!“

Es klang wie das Kommando, das die Artillerie in Feuerstellung bringt.

An diesem Tag war Rogatkin abwesend, er war zur Saatkampagne in den Bezirk kommandiert worden.

Die Traktoren dröhnten auf, heulten, setzten sich nach zwei Richtungen in Bewegung und fuhren schwerfällig ihren Weg. Glascha lachte nicht mehr, auf ihrem Gesicht loderten wellenartig Angst und stolze Freude auf. Die Schwänze der Traktoren zogen sich, sich wiegend und schwankend hinter den Traktoren her. Die Lastpferde holten sie im Trab ein und fuhren, den Kommunegebäuden entlang, auf die Landstraße.

Unten im Tal glänzte die ganze hügelige Ebene vom schimmernden Wasser und in diesem Wasser spiegelten sich deutlich die Hütten des Dorfes, die Abhänge der Hügel und die weißen Schneehaufen der Wolken. Unser Flüsschen kannte keinen Eisgang; das Eis schmolz erschöpft, rasch und unbemerkt unter den Sonnenstrahlen. Schon im vorigen Jahr war beschlossen worden, diesen Sumpf trocken zu legen, doch wir konnten unmöglich Trockenbagger bekommen.

Wjetrow war nervös und ging fremd und verschlossen in einiger Entfernung von mir. „Sei doch nicht böse, Andrej Ssemjonowitsch. Du benimmst dich, als wäre ich dein Feind. Ja, nun? Freund Siehst du, wie groß dein Einfluß ist: ich rede schon mit deinen Worten.“

„Ich verstehe nicht, warum Guljaka nicht kommt. Und solange schreibt er nicht mehr. Ich sehe den Tag kommen, wo er plötzlich loschießen wird: Lebt wohl, Freund! Ich hab in der Kommune nichts mehr zu suchen.“ Das kann passieren. Ja, nun?“

„Warum krächzt du wie ein Rabe, Wjetrow? Guljaka ist uns bis jetzt immer

„holschewitschen Schrecken“ geretteten Kapitalisten leistet die zehrende Sablitska. Noch taucht das Pulver noch schwel der Brand des Arbeitermordes, noch liegen die getöteten, noch stöhnen die verwundeten Proletarier, da halten sie Hände über die Mordtruppen, aufgebläht im Siegerstolze, die Ebert, Scheidemann und Noske.

Drachensaat!

Schon wendet sich das Proletariat der Welt schauernd von ihnen, die es wagen, ihre vom Blut der deutschen Arbeiter dampfenden Hände der Internationale entgegenzustrecken! Mit Abscheu und Verachtung werden sie sogar von denen zurückgestoßen, die im Tohen des Weltkrieges selbst die Pflichten des Sozialismus preisgegeben hatten. Beschnitten, ausgestoßen aus den Reihen der anständigen Menschheit, hinausgepeitscht aus der Internationale, gehaßt und verflucht von jedem revolutionären Proletarier, so stehen sie vor der Welt.

Und ganz Deutschland ist durch sie in Schande gestürzt. Brudervertäter regieren das deutsche Volk, Brudermörder.

O, ihre Herrlichkeit kann nicht lange währen; eine Galgenfrist, und sie werden gerichtet sein.

Die Revolution des Proletariats, die sie im Blute zu erschöpfen gedachten, sie wird sich über sie erheben, riesengroß. Ihr erstes Wort wird sein: Nieder mit den Arbeitermördern Ebert-Scheidemann-Noske!

Die Geschlagenen von heute, sie haben gelernt. Sie sind geheilt vom Wahne, ihr Heil in der Hilfe verworrer Truppenmassen finden zu können; geheilt vom Wahne, sich auf Führer verlassen zu können, die sich kraftlos und unfähig erwiesen; geheilt vom Glauben an die unabhängige Sozialdemokratie, die sie schön im Stiche ließ. Nur auf sich selbst gestellt, werden sie ihre künftigen Siege erleuchten. Und das Wort, das die Befreiung der Arbeiterklasse nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, es hat durch die bittere Lehre dieser Woche eine neue tiefe Bedeutung für sie gewonnen.

„Spartakus niedergedrungen!“

O gemacht! Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein.

Denn Spartakus — das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfbewusstheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet — aber der Tag der Erlösung naht. Der Tag des Gerichts für die Ebert-Scheidemann-Noske und für die kapitalistischen Machthaber, die sich noch heute hinter ihnen verstecken. Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm; es wird die Welt der Erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!

Unter dem Dröhnen des heranrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben.

noch in allem treu geblieben. Er hat sich doch bis in den letzten Tagen um unser Kraftwerk gekümmert. Und auf seine eigene Initiative hat er einen Bohrer für den Brunnen und Wasserleitungsrohre geschickt.

„Ich habe ihm eine Unmasse von Briefen geschrieben, und er spuckte nicht mal als Antwort darauf.“

Wjetrow selbst spuckte jetzt wütend aus und sah mich haberrfüllt an.

„So ein Dummkopf! Was er mit sich um eines Frauenzimmers willen angestellt hat! Eines Frauenzimmers wegen! Ja, nun?“

„Bist ein Schwein, Wjetrow.“

Ich blieb gekränkt stehen und ging dann rasch von ihm fort.

Er verstummte und blieb ebenfalls stehen. Plötzlich rannte er mir nach.

„Warum bist du so böse geworden, Galja, was habe ich denn Besonderes gesagt? Ja, nun?“

Er packte mich an der Hand. Ich riß mich von ihm los und blieb wieder stehen. Was soll das! Dieser Mann wagt es, eine Frau zu beleidigen — mich zu beleidigen! ... Er kämpft um die Befreiung des Menschen und schaut auf die Frau wie auf ein Tier. Mein Stolz bäumte sich in mir auf, ein empfind in diesem Augenblick nichts anderes als Verachtung ihm gegenüber. Ich wollte ihn schlagen, ihn erniedrigen, laut aufschreien, die Frauen alle zusammenrufen und ihn vor ihnen allen beschämen.

„Ich verachte dich, Wjetrow, und will mit dir nicht weiter reden!“

„Wart doch nur! ... Gut, ich sagte eine Dummeheit... wozu aber Krach schlagen? Ja, nun?“

„Ja, Wjetrow, ja, nun?“ Du fühlst dich noch als Herr über die Frau. Du hältst sie noch nicht für einen Menschen. Jetzt erst begreife ich deine schändliche Geschichte mit deiner Frau. Du wolltest sie nicht erziehen, sondern dressieren. Du hast in ihr den Menschen nicht bemerkt. Deine Tiere hältst du für viel wertvoller als die Frauen. Genug!“ (Fortsetzung folgt.)



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

59) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Ja, Galja, die Sache wird böse werden. Man wird Guljaka nicht aus den Augen lassen dürfen. Daß er nur nichts anstellt! Ein schwerer Schlag für den Burschen. Die Liebe ist eine bittere Angelegenheit! Eine verworrene Angelegenheit, Galja! Früher glaubte ich selbst, daß diese menschliche Geschichte einfach ist, wie jedes andere Bedürfnis. Kommt's über dich — dann liebe. Hol's der Teufel, es stimmt nicht! Ja, nun? Guljaka hat recht, das ist ein Problem, liebe Genossin. ... Ich lachte immer über diese seine Lieblingsworte, jetzt weiß ich aber... ich weiß es, Galja. Ein verfluchter eingerissener Splitter ist es, der schwer herauszuziehen ist... und zieht man ihn auch heraus, so ist eine Blutvergiftung doch unvermeidlich.“

„Warum sprichst du in so tragischem Ton, Andrej Ssemjonowitsch? Und warum sagst du es gerade mir, als sei ich daran schuld?“

„Wem soll ich's denn sagen? Wem?“ Er wurde böse und schrie laut: „Ja, nun! Wem soll ich's sagen, wenn nicht dir?“

Ich ging mit schnellen Schritten aus dem Büro. Es war mir lächerlich und traurig zugleich zumute: ich wußte nicht, weshalb lächerlich und weshalb traurig. Es war auch noch etwas anderes in mir: dumme grundlose Freude, der triumphierende Schrei des Körpers und eine Mißstimmung, eine Unruhe, Protest und Mitleid.

Eines Tages, es war ganz früh, als die Sonnenstrahlen den ganzen Himmel übergoßen und der Himmel leicht, fast unsichtbar in seiner Bläue war und weiße, dick-

bäuchige Wolken über den Feldern sich bäumten, standen unsere Maschinen marschbereit. Es roch scharf nach Erde, nach feuchter, dampfender Erde. Es schien, als atme sie ermüdet und ergeben, wie eine schwangere Frau, und horche in ihr Tiefinnerstes hinein. Im rosafarbenen Dunst der Hügel und Fernen schwieg selbige Erwartung. Irgendwo, sehr nah und sehr weit spielen in den opalen Wellen Lerchen auf Schalmeln: Man hatte Lust, ohne Ende und hungrig zu atmen und wie ein Vogel zu fliegen.

Die Traktoren standen auf dem Platz vor dem Maschinenlager. Zehn schwere, unbewegliche Geschöpfe mit großen Köpfen und kurzen Körpern, mit schwerfälligen Rädern. Sie standen alle da, in kleinen Gruppen, lebendig, heiß vom Frühlingsrausch der Felder. Die Traktoristen, an der Spitze Grischanja, saßen am Steuer und zitterten zusammen mit den Traktoren und grinsten übers ganze Gesicht.

„Gulja, setz dich zu mir! Wir fahren zusammen und jagen dort selbst dem Teufel Angst ein.“

Diese Menschen und die Traktoren waren eins. Das waren gutmütige Ungeheuer, erregt, mächtig, leidenschaftlich im Drang ihrer Aufwallungen. Die Traktoristen sahen uns und die Maschinen streng und feierlich an. Und als Wjetrow oder jemand anders von den Kommunaren zu ihnen trat, breitete sich ein Lächeln, das sie nicht unterdrücken konnten, über ihre Gesichter. Wie ein langer Schwanz, wie eine Kette von Köpfen, wie ein Haufen von Spinnen, sich mit den Zähnen und Tastern verflechtend, rollten hinter den Traktoren Pflüge, Eggen, Sämaschinen. Eine ganze Herde glänzender schwerer Lastpferde wurde an Karren, die mit Saatgut beladen waren, angespannt. Ueberall machten sich Kommunare und Kollektivmitglieder — die Jugend — emsig zu schaffen. Als erste Gruppe fuhr heute die Brigade der kommunistischen Jugendfunktionäre aus. Keiner der Bewohner der Kommune begleitete diesen Frühlingszug: alle waren bei der Arbeit. Nur ich allein war Teilnehmerin dieses eisernen Appells. Wjetrow und ich hatten auch be-

Rosa Luxemburg über Generalstreik

Vorbemerkung: Die Anwendung der außerparlamentarischen Massenaktion bis zur Steigerung ihrer konzentriertesten und wichtigsten Form, zum Massenstreik, ist heute speziell für das deutsche Proletariat eine Lebensnotwendigkeit. Ohne Anwendung dieser schärfsten Waffe wird es für die Arbeiterklasse keinen Ausweg aus ihrer jetzigen Notlage und Unterdrückung geben.

Aber trotz 70jähriger deutscher Arbeiterbewegung und trotz reicher Erfahrungen auf diesem Gebiet seit den Kriegsjahren herrscht in der deutschen Arbeiterbewegung über die Frage des Massenstreiks größte Unklarheit und Mißverständnis.

Im reformistischen Lager wird der Massenstreik entweder überhaupt abgelehnt als eine überlebte „Revolutionäromantik“ und „weil viel zu wenig Arbeiter organisiert“ wären. Oder aber der Generalstreik wird als eine ganz besonders reservierte Waffe, die „zu gegebener Zeit“ und „wenn es die berufene Führung für angebracht hält“, für eventuelle Noisfälle in Aussicht gestellt.

Auf der anderen Seite wird von der KPD der Massenstreik dauernd diskreditiert. Es wird soviel vom politischen Massenstreik geredet, alle möglichen Streiks werden zu politischen Massenstreiks erklärt, die alles andere als das sind, und es werden von ihr immer wieder Massenstreiks proklamiert, die von niemand, auch nicht von ihren eigenen Anhängern, ernst genommen werden.

Beide Methoden sind dazu angetan, die heute notwendige Waffe des Generalstreiks nicht zur wirklichen Anwendung kommen zu lassen. Es wäre für die KPD und die ganze Arbeiterklasse viel nützlicher, statt den „Luxemburgismus auszumäzen“, die Lehren Rosa Luxemburgs zu studieren und anzuwenden. Wir halten es daher für notwendig und höchst aktuell, im Nachstehenden Rosa Luxemburg zum Wort kommen zu lassen. Sie kann auch heute noch dem Proletariat sagen, wie und wann der Massenstreik durchgeführt werden kann. Sie schreibt in ihrer 1906 herausgegebenen Broschüre

„Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“

„Die Stellung mancher Gewerkschaftsführer zu der Frage erschöpft sich gewöhnlich in der Behauptung: „Wir sind noch nicht stark genug, um eine so gewaltige Kraftprobe wie einen Massenstreik zu riskieren.“ Nun ist dieser Standpunkt insofern ein unhaltbarer, als es eine unlösliche Aufgabe ist, auf dem Wege einer ruhigen, zahlenmäßigen Berechnung festzustellen, wann das Proletariat zu irgendeinem Kampfe „stark genug“ sei. Vor 30 Jahren zählten die deutschen Gewerkschaften 50 000 Mitglieder. Das war offenbar eine Zahl, bei der, nach dem obigen Maßstab, ein Massenstreik nicht zu denken war. Nach weiteren 15 Jahren waren die Gewerkschaften viermal so stark und zählten 237 000 Mitglieder. Wenn man jedoch damals die heutigen Gewerkschaftsführer gefragt hätte, ob nun die Organisation des Proletariats zu einem Massenstreik reif wäre, so hätten sie sicher geantwortet, daß dies bei weitem nicht der Fall sei und daß die gewerkschaftlich Organisierten erst nach Millionen zählen müßten. Heute gehen die organisierten Gewerkschaftsmitglieder bereits in die zweite Million, aber die Ansicht ihrer Führer ist genau dieselbe, was offenbar so ins Unendliche gehen kann.

Stillschweigend wird dabei vorausgesetzt, daß überhaupt die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands bis auf den letzten Mann und die letzte Frau in die Organisation aufgenommen werden müsse, bevor man „stark genug“ sei, eine Massenaktion zu wagen, die ebendann, nach der alten Formel, sich auch noch wahrscheinlich als „überflüssig“ herausstellen würde. Diese Theorie ist jedoch aus dem einfachen Grunde völlig utopisch, weil sie an einem inneren Widerspruch leidet, sich im schlimmsten Zirkel dreht. Die Arbeiter sollen, bevor sie irgendeinen direkten Klassenkampf vornehmen können, sämtlich organisiert sein.

Die Verhältnisse, die Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung und des bürgerlichen Staates bringen es aber mit sich, daß bei dem „normalen“ Verlauf der Dinge, ohne stürmische Klassenkämpfe, bestimmte Schichten — und zwar gerade das Gros, die wichtigsten, die tiefstehenden, die vom Kapital und vom Staate am meisten gedrückten Schichten des Proletariats — eben gar nicht organisiert werden können. Sehen wir doch selbst in England, daß ein ganzes Jahrhundert unermüdlicher Gewerkschaftsarbeit ohne alle „Störungen“ — ausgenommen im Anfang die Periode der Chartistenbewegung — ohne alle „revolutionsromantischen“ Verirrungen und

Lockungen, es nicht weiter gebracht hat, als dahin, eine Minderheit der besser situierten Schichten des Proletariats zu organisieren.

Andererseits aber können die Gewerkschaften, wie alle Kampforganisationen des Proletariats, sich selbst nicht auf die Dauer anders erhalten, als gerade im Kampf und zwar nicht im Sinne allein des Fraßmäusekrieges in den stehenden Gewässern der bürgerlich-parlamentarischen Periode, sondern im Sinne heftiger, revolutionärer Perioden des Massenkampfes. Die steife, mechanisch-bürokratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige dialektische Entwicklung läßt ungekehrt die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen...

Nach längerer Prüfung der deutschen Verhältnisse und der Lage der verschiedenen Schichten der Arbeiter ist es klar, daß auch die kommende Periode stürmischer politischer Massenkämpfe für die deutschen Gewerkschaften nicht den befruchteten drohenden Untergang, sondern umgekehrt neue ungeahnte Perspektiven einer rapiden sprunghaften Erweiterung ihrer Machtsphäre mit sich bringen würde. (Diese Worte wurden durch den Massenstrom zu den Gewerkschaften 1918/19 bestätigt, Red.) Allein die Frage hat noch eine andere Seite. Der Plan, Massenstreiks als ernste politische Klassenaktion bloß mit Organisierten zu unternehmen, ist überhaupt ein gänzlich hoffnungsloser. Soll der Massenstreik, oder vielmehr sollen die Massenstreiks, soll der Massenkampf einen Erfolg haben, so muß er zu einer wirklichen Volksbewegung werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats mit in den Kampf ziehen...

Die Massenstreiks, die politischen Massenkämpfe, können also unmöglich in Deutschland von den Organisierten allein getragen werden und auf eine regelrechte „Leitung“ aus einer Parteizentrale berechnet werden. In diesem Falle kommt es aber wieder — ganz wie in Rußland — nicht sowohl auf „Disziplin“, „Schulung“ und auf möglichst sorgfältige Vorausbestimmung der Unterstützungs- und der Kostenfrage an, als vielmehr auf eine wirkliche revolutionäre, entschlossene Klassenaktion, die instand wäre, die breitesten Kreise der nicht organisierten, aber ihrer Stimmung und ihrer Lage nach revolutionären Proletariatsmassen zu gewinnen und mitzureißen.

Die Ueberschätzung und die falsche Einschätzung der Rolle der Organisation im Klassenkampf des Proletariats wird gewöhnlich ergänzt durch die Geringschätzung der unorganisierten Proletariatsmasse und ihrer

politischen Reife. In einer revolutionären Periode im Sturme großer, aufrüttelnder Klassenkämpfe zeigt sich erst die ganze erzieherische Wirkung der raschen kapitalistischen Entwicklung und der sozialdemokratischen („Einfluss“) auf die breitesten Volksschichten, wovon in ruhigen Zeiten die Tabellen der Organisationen und selbst die Wahlstatistiken nur einen ganz schwachen Begriff geben.

... Auf diese Weise gelangen wir aber auch in Deutschland zu denselben Schlüssen in bezug auf die eigentlichen Aufgaben der Leitung, auf die Rolle der Sozialdemokratie gegenüber den Massenstreiks, wie bei der Analyse der russischen Vorgänge. Verlassen wir nämlich das pedantische Schema eines künstlich von Partei und Gewerkschaften wegen kommandierten demonstrativen Massenstreiks der organisierten Minderheit, und wenden wir uns dem lebendigen Bilde einer ausuberster Zuspitzung der Klassengegensätze und der politischen Situation mit elementarer Kraft entstehenden wirklichen Volksbewegung zu, die sich sowohl in politischen wie in ökonomischen stürmischen Massenkämpfen, Massenstreiks entladet, so muß offenbar die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht in der technischen Vorbereitung und Leitung des Massenstreiks, sondern vor allem in der politischen Führung der ganzen Bewegung bestehen.

Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, klassenbewussteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verschränkten Armen fatalistisch auf den Eintritt der „revolutionären Situation“ warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge voraus-eilen, sie zu beschleunigen suchen. Dies vermag sie aber nicht dadurch, daß sie zu rechten und unrechten Zeit ins Blaue hinein plötzlich die „Lösung“ zu einem Massenstreik ausgibt, sondern vor allem dadurch, daß sie den breitesten proletarischen Schichten den unvermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode, die dazu führenden inneren sozialen Momente und die politischen Konsequenzen klar macht. Sollen die breitesten proletarischen Schichten für eine politische Massenaktion der Sozialdemokratie gewonnen werden und soll umgekehrt die Sozialdemokratie bei einer Massenbewegung die wirkliche Leitung ergreifen und behalten, der ganzen Bewegung im politischen Sinne Herr werden, dann muß sie mit voller Klarheit, Konsequenz und Entschlossenheit die Taktik, die Ziele dem deutschen Proletariat in der Periode der kommenden Kämpfe zu stecken wissen.

Man sieht, jedem Wort von Rosa Luxemburg könnte heute gegenüber der SPD, dem ADGB und der KPD geschrieben werden.

Holzarbeiter-Mitglieder-Versammlung

Die Mitglieder-Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes Breslau, am 9. Januar, war verhältnismäßig gut besucht. Dies wohl aus dem Umstand, daß auf der Tagesordnung neben der Ehrung der Jubilare (es waren 46 Kollegen mit einer 25-jährigen Mitgliedschaft), die Einführung eines zweiten 10 Pfg.-Erwerbslosen-Beitrags im Monat stand. Kollege Kuntke bedauerte in seiner Rede an die Jubilare, daß die Finanzlage der Verwaltungsstelle es nicht erlaube, eine besondere Jubilarsfeier zu veranstalten. Des weiteren kam er auf die Kämpfe und Arbeit der vergangenen 25 Jahre zu sprechen und kam zu der Feststellung, daß die Gewerkschaften nicht mehr so kämpfen könnten wie ehemals, da sie durch äußere Umstände darin gehindert werden.

Daß diese „äußeren Umstände“, die zu nahe Anlehnung an die SPD und deren Politik (Brüning-Aera), des weiteren die indirekte Tolerierung Schleichers und die Verbindung mit dem stockreaktionären FAD sind, fand man in seinen Ausführungen nicht. Wenn er aber zum Schluß meinte und wünschte, die Gewerkschaftler müßten Optimisten sein, so sind wir als revolutionäre Gewerkschaftler der Auffassung, daß die jetzige Politik der Gewerkschaften gar keinen Anlaß zu irgend einem Optimismus gibt; nicht Optimismus oder Pessimismus, sondern klare Erkenntnis der Lage und als Konsequenz ein wirklich revolutionärer Kampf der Gewerkschaften mit Einsetzung all ihrer Machtmittel.

Zweiter Punkt der Tagesordnung: Einführung eines zweiten 10 Pfg.-Beitrags im Monat war nach Begründung durch Kollegen Kuntke und Bordell Gegenstand lebhafter Diskussion, an der sich die Genossen Riedel, Sommer, Wiesner, Schilling, sowie die Kollegen Hänsel, Zühke und Neuman beteiligten. Gen. Riedel brachte folgenden Antrag ein:

„Die Mitglieder-Versammlung vom 10. 1. 1933 stimmt der Einführung eines zweiten 10 Pfg.-Beitrags im Monat für die erwerbslosen Kollegen zu unter folgenden Bedingungen, daß die Vertrauensmänner-Versammlung durch erwerbslose Kollegen ergänzt wird. Auf je hundert erwerbslos gemeldete Mitglieder der Zahlstelle Breslau kommt ein Vertrauensmann. Ihre erstmalige Wahl erfolgt in einer Arbeitslosen-Versamm-

lung, die noch vor der nächsten Vertrauensleute-Sitzung stattzufinden hat. Ihre Neuwahl erfolgt sonst immer im Januar jeden Jahres. Scheidet durch Arbeit ein Kollege aus, so wird in der nächsten Arbeitslosen-Versammlung ein anderer gewählt. Das Bringensystem für Erwerbslose bleibt bestehen. Es dürfen keine neuen hauptamtlichen Beitragskassierer angestellt werden.“

Dieser Antrag wurde nach eingehender Begründung durch Gen. Riedel und nachdem der größte Teil der Diskussionsredner dafür gesprochen hatte, gegen wenige Stimmen angenommen.

Die erwerbslosen Kollegen haben einen Erfolg zu verzeichnen, den sie nun in ihrem Sinne ausnützen müssen. Darum unsere Losung, an die Arbeit, jederzeit kampfbereit!

18 rumänische Bauern im Schnee erfroren

Bukarest, 12. Januar. Starke Kälte und andauernde Schneestürme haben in den nördlichen Gegenden der Walachei eine katastrophale Lage herbeigeführt. Alle Wege sind verschneit, die meisten Zugverbindungen sowie die Telegraphen- und Telefonlinien unterbrochen. Die Gemeinderatswahlen von Ramnicul Sarat mußten infolge dieser Lage aufgeschoben werden. 14 Bauern einer Nachbargemeinde, die sich in geschlossener Gruppe zur Stimmabgabe nach Ramnicul Sarat begeben wollten, konnten sich durch den drei Meter hohen Schnee keinen Weg mehr bahnen. Sie fanden nach entsetzlichen Anstrengungen in den Schneeverwehungen den Tod. Ihre Leichen wurden gefunden, als man Nachforschungen nach den abgängigen Bauern anstellte. Während der Bergungsarbeiten wurden an anderen Stellen der Landstraße weitere vier Leichen von Erfrorenen gefunden.

Dr. Luther in Breslau

Der Reichsbankpräsident Dr. Luther hielt am Donnerstag, den 12. Januar, in einer Veranstaltung des „Universitätsbundes der Industrie- und Handelskammer Breslau“ eine seiner üblichen Reden über die politische und wirtschaftliche Lage. Er beschäftigte sich im ersten Teil seiner Ausführungen vor allem mit der Entwicklung des Reparationsproblems, wobei er auffälligerweise die Politik des Inflationreichskanzlers Dr. Cuno von 1923 als die eines „ehelichen Knuffmanns“ verteidigte. Luther wies darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft seit ihrer höchsten Auslandsverschuldung im Jahre 1930 insgesamt 7 Milliarden Reichsmark zurückgezahlt hätte und daß durch das Lausanner Abkommen im Vorjahre endlich das Unruheelement der Reparationsleistungen verschwunden wäre. Als Vorbedingung einer internationalen Wirtschaftskonsolidierung stellt Luther für die Weltwirtschaftskonferenz folgende Aufgaben: 1. die internationalen Handelshemmnisse müßten endlich abgebaut werden, 2. die Währungssicherheit auf der ganzen Erde müßte wieder hergestellt werden, 3. eine allgemeine Zinssenkung eintreten.

Die innerpolitisch-wirtschaftliche Lage kennzeichnete Dr. Luther insofern sehr pessimistisch, als er erklärte, daß die durch die Steuergutscheine und andere mit der Arbeitsbeschaffung verbundene Maßnahmen eine außerordentlich starke wirtschaftliche Vorbelastung der kommenden Jahre bedeute, die die Gefahr der Verhinderung eines normalen Wiederaufschwungs in sich berge. Der Schluß seiner Ausführungen war, wie bei Dr. Luther stets, ein starkes Bekenntnis zur Privatwirtschaft.

Zur Soziologie der NSDAP

Nürnberg, 12. Januar. Die Nürnberger Ausschuswwahlen zur mittelfränkischen Industrie- und Handelskammer am 8. Januar hatten folgendes Ergebnis: Für den Ausschuß der Kleingewerbetreibenden: Einzelhandelsverband: 114 Stimmen; Nazi: 454. Für den Ausschuß der Handlungsgehilfen: Gemeinschaftsliste der Angestellten-Gewerkschaften: 1245; Nazi: 862; Vereinigung ehemaliger Handlerschülerinnen (sie bilden sich anscheinend ein, sie wären was besonderer!): 61. Für den Ausschuß der technischen Angestellten: Gemeinschaftsliste der Angestellten-Gewerkschaften: 440; Nazi: 223 Stimmen. Es betragen also die Stimmzahlen der Nazi in Prozent: bei den Kleingewerbetreibenden: 76, bei den Handlungsgehilfen: 40, bei den technischen Angestellten: 34. Kennzeichnend für die soziale Struktur der Hitler-Anhänger!

Diese Wahl ist auch aus anderen Gründen interessant. Einmal durch die außerordentlich geringe Wahlbeteiligung, besonders bei den Kleingewerbetreibenden, die offensichtlich nur wenige Prozent der Wahlberechtigten ausmachte. Ferner durch die verhältnismäßig große Zahl ungültiger Stimmen (100, das sind 3 Prozent), bei denen es sich meist um RGÖ-Leute handeln dürfte. Besonders zu beachten ist für uns die Firma: Gemeinschaftsliste der Angestellten-Gewerkschaften, auf der sich alle einschlägigen Gewerkschaften mit dem Deutschen Internationalen Handlungsgehilfen-Verband vereinigt haben. Was sagen die ZdA-Kollegen dazu! Anscheinend nicht viel, immerhin gibt zu denken, daß die Stimmzahlen für die Gemeinschaftsliste geringer sind als die einschlägigen Mitgliederzahlen des ZdA! Bei Aufstellung eigener Listen, ohne die schmachtvolle Verbindung mit den bürgerlichen und reaktionären Verbänden, hätte der ZdA also gewaltige Wahlerfolge erzielen müssen! Hier liegt eine wichtige Aufgabe für die klassenbewußte Gewerkschaftslink!

Achtung!

Um Verzögerungen zu vermeiden, bitten wir zu beachten, daß sich die Redaktion, Expedition und Geschäftsleitung der „SAZ“ seit dem 1. Januar 1933 Breslau 5, Gartenstraße 21, befinden! „SAZ“-Geschäftsleitung.

Aus der Partei

Die außerordentliche Vorstandssitzung des Ortsvereins Düsseldorf vom 9. Januar 1933 beschloß, daß die Genossen Willi Simon und Karl Ulltzka sich durch schwere parteischädigende Handlungen von selbst außerhalb der Partei gestellt haben.

Internationale Hilfsvereinigung, Ortsgruppe Hannover. Zu der am 17. Januar 1933, 20 Uhr, bei Gastwirt Koch, Knechtenerstr. 49, stattfindenden Mitgliederversammlung ist das Erscheinen aller Mitglieder äußerst wichtig, da dringende Angelegenheiten zu erledigen sind. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Der Vorstand.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Insetre: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7. Expedition: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2 10 und RM. 0 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2 10 und RM. 0 35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2 10 zuzüglich RM 1 30 Porto monatlich.

Insertatenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife. Redaktion: Breslau Gartenstr. 21. 3 Treppen. Telefon 206 02.

DMV Heizungsmonteur

Die Jahresgeneralversammlung der DMV-Heizungsmonteur und Heller findet am Sonnabend, 14. Januar 1933, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6 statt. Tagesordnung: Neuwahl der Branchenleitung und der Verbandsdelegierten. Jeder Genosse muß erscheinen. Verbandsmitgliedsbuch unter keinen Umständen vergessen!